

Wozugpreis:

Für den Monat August 90.— M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Preussland, Danzig, Saar- und Rheinland, sowie Oesterreich und Luxemburg 120.— M. für das übrige Ausland 170.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Litauen, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Gledung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Komposition... Kleinanzeigen... Anzeigen für die nächste Nummer...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295 und 2506-2507

Dienstag, den 15. August 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Zifferaten-Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Der Verfallstermin vertagt.

Die Londoner Konferenz resultatlos.

Berlin, 14. August. (WIB.) Der Kriegslastenkommission in Paris wurde heute mittag von der Reparationskommission folgende Note übergeben: Entgegen der in ihrem Schreiben vom 13. Juli d. J. ausgesprochenen Erwartung, sieht sich die Kommission nicht in der Lage, ihnen vor dem 15. August ihre Entscheidung auf ihr Memorandum vom 12. Juli 1922 mitzuteilen; sie wird sie unverzüglich davon in Kenntnis setzen und gleichzeitig Bestimmung über die Frage der Fälligkeit vom 15. August treffen, welche bis zu dieser Entscheidung in der Schwebe bleiben soll.

Paris, 14. August 1922.

gez.: Dubois, John Bradburn.

Das Ergebnis der Konferenz von London ist ebenso klar wie eindeutig. Frankreich steht mit seiner Politik der Zwangsmassnahmen allein. Selbst Belgien will eine Politik nicht mehr mitmachen, von der man mindestens sagen muß, daß sie allen geschadet hat, ohne jemandem — Frankreich einbegriffen — zu nützen.

Die Frage ist: Was nun? Wird Frankreich von seiner „Handlungsfreiheit“ Gebrauch machen? Wenn es dies tut — was kann Frankreich tun? Es kann — nicht rechtlich, das ist ausgeschlossen — den Vertragsbruch auf die Spitze treiben und militärische Gewaltmassnahmen vornehmen. Und was dann? Es würde dann vor aller Welt nicht nur als Friedens- und Vertragsbrecher erscheinen, seine Isolierung würde für Frankreich selbst verhängnisvoll werden. Wenn bisher England und Amerika von einem Schuldenausgleich gegenüber Frankreich nichts wissen wollten, so würde ein derartiges Vorgehen — der nicht geeignet sein, die Gläubiger Frankreichs nachgiebiger zu stimmen.

Entscheidend ist jedoch, daß Frankreich wohl durch seine militärischen Machtmittel in der Lage wäre, sogenannte Sanktionen zu ergreifen, daß es aber nicht in der Lage ist, wirkliche wirtschaftliche Zwangsmassnahmen allein durchzuführen. Es kann z. B. nicht die Zollgrenze am Rhein wieder errichten, wenn diese nicht auch in der englischen, belgischen und amerikanischen Besatzungszone durchgeführt würde. Aber auch rechtlich würde Frankreich durch irgendwelche wirtschaftliche Zwangsmassnahmen — etwa die Beschlagnahme von Kohlenaruben — gegenüber seinen Alliierten und Vertragskontrahenten in eine unhaltbare Lage kommen. Frankreich kann nicht für sich allein Reparationsmassnahmen schaffen. Und schon deshalb wird die französische Regierung sich wohl zweimal überlegen, Massnahmen zu ergreifen, die Frankreich nur weiter isolieren würden, ohne ihm irgendwie zu nützen.

Kein Aufschub für Ausgleichszahlungen.

London, 14. August. (Reuter.) Der Sachverständigenausschuss nahm einstimmig einen Bericht an, wonach Deutschland die nächste Rate von zwei Millionen Pfund zur Begleichung von Privatsschulden an die Alliierten innerhalb von vier Wochen bezahlen soll. Danach soll dem Gutachten zufolge das Abkommen über solche Zahlungen erlöschen.

Schließlich empfiehlt das Gutachten, daß die alliierten Regierungen Sonderabmachungen für die von Deutschland in dieser Hinsicht zu leistenden Zahlungen treffen sollen, die die Zustimmung der Reparationskommission erfordern.

Die Konferenz nahm ferner einen Bericht von Theunis und Poincaré entgegen, worin es heißt, sie brächten große Opfer an Grundfähn für die Sache der Einigkeit der Alliierten.

Kein Einvernehmen.

Paris, 14. August. (WIB.) Dasas erfährt von seinem Sonderberichterstatter in London, daß die Zusammenkunft, die heute vormittag in der Downingstreet stattgefunden hat, um 11 Uhr begann und um 1.45 Uhr zu Ende war. Lloyd George, Poincaré, Theunis, Schanzer und der japanische Vertreter Baron Gahashi waren anwesend. Die Chefs der fünf alliierten Delegationen haben über die Möglichkeit beraten, einen gemeinsamen Beschluß über das deutsche Verlangen nach einem Moratorium zu fassen. Die Chefs der Delegationen haben darüber beraten, die Entscheidung auf drei Monate aufzuschieben, aber schon jetzt Deutschland das Moratorium zu bewilligen. Poincaré hat sich formell der Bewilligung eines Moratoriums ohne Pfänder widersetzt. Es konnte also kein Einverständnis erzielt werden. Die Delegierten haben sich getrennt mit der Erklärung, sie wollten noch einmal über die Lage nachdenken, doch ist keine neue Zusammenkunft festgesetzt worden. Der Berichterstatter von Ghabas fügt noch hinzu, es scheint nunmehr sicher zu sein, daß die Konferenz auseinander gehen werde, ohne einen gemeinsamen Beschluß über das Moratorium gefaßt zu haben.

Das Ende der Konferenz.

... und der Entente.

London, 14. August. (EE.) Die Londoner Konferenz ist beendet. In ihrer Schlußsitzung wurde beschlossen, die Bitte Oesterreichs, ihm Vorschläge zu gewähren, dem Völkerbund zu überweisen. Keine Regierung zeigte sich geneigt, Oesterreich Vorschläge zuzubilligen. Sodann wurde beschlossen, daß Deutschland gezwungen werden soll, die Zahlung von zwei Millionen Pfund Sterling für das Ausgleichsverfahren am 15. August zu entrichten. Damit ist der isolierten Aktion Frankreichs ein Ende bereitet. Ferner wurde beschlossen, daß in Zukunft jedes Land in dieser Angelegenheit seine volle Handlungsfreiheit haben soll, und direkt mit der deutschen Regierung verhandeln kann.

Poincaré erklärte heute abend Zeitungsvertretern, daß ein Moratorium nur ein Ausfluchtmittel und eine negative Lösung sei, aber gleichzeitig eine Vergünstigung für Deutschland, weshalb man dafür produktive Pfänder verlangen müsse. Wenn Deutschland nicht bezahle, so geschähe es deshalb nicht, weil es die Mark systematisch entwertet habe. Poincaré hob hervor, daß in der Frage der Reichsbank, der Zölle und der Kapitalflucht ein Einvernehmen erzielt wurde. Hinsichtlich der eigentlichen Pfänder, nämlich der Staatsbergwerke und der Wäldungen, war ein Einvernehmen nicht zu erzielen. Lloyd George stellte sich auf den Standpunkt, daß man diese Pfänder erst annehmen sollte, wenn eine neue Verletzung Deutschlands vorliege, während Poincaré der Ansicht ist, daß man Deutschland für seine früheren Verletzungen nicht „begünstigen“ dürfe. Meinungsverschiedenheiten bestanden noch wegen der Auslegung des Artikels 248 und der Paragraphen 17 und 18 des Versailler Vertrages. Lloyd George schlug vor, diese Angelegenheit dem Völkerbund für einen Schiedsspruch zu überweisen, was Poincaré ablehnte, weil er nicht wollte, daß in dieser Frage unter Umständen Neutrale ein Urteil abgeben. (!) Es sei besser, erklärte Poincaré, daß man sich ohne Resultate getrennt habe. Nunmehr müsse die französische Regierung die Entscheidung treffen, die sie für nötig halte. Poincaré hofft, daß es zu keinem Bruch der Entente kommen werde. Ein Bruch zwischen beiden Regierungen wäre ein großes Unglück, aber ein größeres Unglück wäre die gegenseitige Abneigung der beiden Völker.

Englische Kritik.

London, 14. August. (WIB.) Der Zusammenbruch der Konferenz für die Reparationsfrage wird in der Abendpresse ausführlich erörtert. Die Blätter betonen, daß die Haltung Poincarés in der Frage der Alliierten-Kontrolle über die deutschen Staatsforsten und -bergwerke zum Bruch geführt hat. Lloyd George habe mit Unterstützung nicht nur der britischen Minister, sondern auch der übrigen alliierten Staatsmänner einen äußersten Versuch unternommen, um zu einem Einvernehmen zu gelangen, jedoch ohne Erfolg. Poincaré habe sich unnachgiebig gezeigt. Der Abbruch der Konferenz sei als eine ernste Gefährdung der Entente anzusehen, insbesondere angesichts der äußersten Feindseligkeit und Bitterkeit der französischen Presse bei ihrer Erörterung der britischen Haltung gegenüber dem französischen Plan. Lloyd George sei äußerst enttäuscht über die Wendung, die die Ereignisse genommen haben. Er habe stets die Schwierigkeiten der Stellung des französischen Ministerpräsidenten eingesehen und habe auf alle Arten versucht, zu einem Kompromiß zu gelangen, der für die Alliierten annehmbar wäre und zu gleicher Zeit Poincarés Stellung nicht gefährdet hätte.

Poincarés Ansichten.

Paris, 14. August. (WIB.) Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas drachtet folgende halbamtliche Note aus London: Mittwoch vormittag wurde in Paris der französische Ministerrat zusammengetreten, um die durch das negative Ergebnis der Londoner Beratungen geschaffene Lage zu prüfen. Da die alliierten Regierungen zu keiner Verständigung über die ihren Vertretern in der Reparationskommission bezüglich der Beantwortung des deutschen Moratoriumsgehechs zu erteilenden Anweisungen gelangt seien, wurde Poincaré dem französischen Vertreter Dubois erneut die Weisung erteilen, sich gegen die Gewährung eines Moratoriums auszusprechen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die belgische Regierung ihrem Vertreter ähnliche Weisung erteile. (?) Unter diesen Umständen würden, wenn die englischen und italienischen Delegierten weiter für das Moratorium eintreten, die Stimmen in der Kommission zu gleichen Teilen gespalten sein. Wenn Deutschland das Moratorium ohne Zustimmung der französischen Regierung gewährt würde, hätte die französische Regierung die von ihr für notwendig erachteten Massnahmen sicher bereits ins Auge gefaßt. Poincaré sei in diesem Punkt durch keinen Beschluß der Konferenz gebunden und die französische Regierung wahre sich ihre volle Handlungsfreiheit. Der Ministerpräsident habe es übrigens abgelehnt, irgendeine Erklärung über das Vorgehen abzugeben, das er sich für diesen Fall vorbehalte, solange er nicht seinen Ministerkollegen über die Lage Bericht erstattet habe.

Der Wert der Genossenschaft.

Von Franz Feuerlein.

Die vor einigen Wochen neu erschienene „Inauguraladresse der internationalen Arbeiter-Assoziation“ ist ganz zweifellos neben dem kommunistischen Manifest die bedeutendste programmatische Manifestation des Sozialismus und der zur Zeit ihrer Entstehung in der ersten Entwicklung begriffenen Arbeiterbewegung Deutschlands. Daß diese Schrift alle damals zum Teil noch in den Kinderstühlen stehenden wertschaftlichen Neuerungen in den Kreis ihrer Betrachtungen zog, ist bei einem Geiste wie Karl Marx eine Selbstverständlichkeit. Es wäre aber auch sonst nichts Ungewöhnliches, wenn nicht die logischen Folgerungen jener Betrachtungen auch sofort zu entsprechenden Entschliessungen auf dem ersten internationalen Arbeiterkongress zu Genf im Jahre 1866 geführt hätte. Die vier Resolutionen des Genfer Kongresses, vom Generalrat der Internationale, dessen Sekretär Karl Marx zu jener Zeit war, vorgelegt, betrafen: 1. den Normalarbeitstag, 2. die Kinderarbeit, 3. die Genossenschaft, 4. die Gewerkschaften. Wenn man aus der Reihenfolge der Entschliessungen einen Schluß ziehen wollte, so müßte es der sein, daß in den sechziger Jahren die Genossenschaftsbewegung noch erheblich mehr das öffentliche Interesse in Anspruch genommen hat als die Gewerkschaftsbewegung. Dies mag ja nun nicht gerade in Deutschland der Fall gewesen sein, wo zwar Schulze-Dehlich und Lassalle um die genossenschaftliche Erweckung des Arbeiters rangen. Konjunktionsgenossenschaft als Selbsthilfe oder Produktionsgenossenschaft mit Staatshilfe — dies war das „Hie Weiß, hie Waibling!“ des freisinnigen und des sozialdemokratischen Agitatoren. Daneben aber machten sich schon ebenso starke gewerkschaftliche Regungen in der Arbeiterklasse geltend, abgesehen davon, daß die Buchdrucker und zwei bis drei andere Gewerbe bereits ihre festen gewerkschaftlichen Organisationen besaßen.

Dagegen lag vor den Augen von Karl Marx die starke Entwicklung der englischen Genossenschaftsbewegung, deren praktische Leistungen von ihm in ihrer ganzen sozialen und volkswirtschaftlichen Konsequenz erfasst wurden. So sehr, daß man sich heute wundern muß, wie in den achtziger und noch in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts die Genossenschaftsbewegung in der politischen Arbeiterbewegung Deutschlands einer teils feindseligen, mindestens aber ablehnenden oder frostigen Haltung begegnete.

Marx zog aus den damaligen Kämpfen der englischen Gewerkschaften um die gesetzliche Festsetzung der Arbeitszeit und den wirtschaftlichen Leistungen der Genossenschaften eine Parallele, die perspektivisch auch die heutige Bedeutung der Gewerkschaften und der Genossenschaften noch erfasst, wenn er in der Inauguraladresse schreibt:

Dieser Kampf um die gesetzliche Arbeitszeit wüßte um so heftiger, je mehr er, abgesehen von der aufgeschrockenen Habsicht, tatsächlich sich um den großen Gegensatz dreht zwischen der blinden Herrschaft der Gesehe von Nachfrage und Angebot, die die politische Oekonomie der Bourgeoisie bilden, und zwischen der durch soziale Voraussetzung und Einsicht beherrschten sozialen Produktion, die die politische Oekonomie der Arbeiterklasse bildet. Und darum war das Zehnstundengesetz nicht nur ein großer praktischer Erfolg; es war der Sieg eines Prinzips. Zum erstenmal unterlag im hellen Licht des Tages die politische Oekonomie der Bourgeoisie der politischen Oekonomie der Arbeiterklasse.

Karl Marx fährt aber dann sofort weiter fort, um die vollkommene Parallele aufzuweisen:

Doch ein noch größerer Sieg der politischen Oekonomie der Arbeit über die politische Oekonomie des Kapitals stand bevor. Wir sprechen von der Genossenschaftsbewegung, namentlich von den genossenschaftlichen Fabriken, die einige tühne „Hände“ ohne jede Hilfe errichteten. Der Wert dieser großen sozialen Experimente kann nicht hoch genug geschätzt werden. Durch die Tat statt durch Argumente haben die Arbeiter bewiesen, daß Produktion in großem Maßstab und im Einklang mit dem Fortschritt moderner Wissenschaft vor sich gehen kann ohne die Existenz einer Herrenklasse, die eine Klasse von „Händen“ anwendet, daß, um Früchte zu tragen, die Mittel der Arbeit nicht monopolisiert zu werden brauchen als Mittel der Herrschaft über den Arbeiter und als Mittel der Ausbeutung gegen den Arbeiter selbst; daß, wie die Sklavenarbeit, wie die Leibeigenschaft, so auch die Lohnarbeit nur eine vorübergehende und untergeordnete gesellschaftliche Form ist die bestimmt ist zu verschwinden vor der assoziierten Arbeit, die ihr Wert mit williger Hand, rüstigem Geiste und fröhlichem Herzen verleiht.

Nach diesem Vergleich der Bedeutung von gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Errungenschaften auf dem klassischen Boden der großindustriellen englischen Entwicklung kann es nicht wundernehmen, wenn Karl Marx dafür sorgte hat, daß auch der erste internationale Arbeiterkongress seine grundsätzliche Auffassung über die Genossenschaftsbewegung in einer Entschliessung vor jener über die Gewerkschaft-

*) Karl Marx, Die Inauguraladresse der internationalen Arbeiter-Assoziation. Uebersetzt von Luise Kautsky, herausgegeben, eingeleitet und kommentiert von Karl Kautsky. 1922. Verlag S. H. W. Dieck, Stuttgart, und Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

ten niederlegte. Diese Entschliessung, ein geschichtliches Dokument von bleibendem bedeutendem Werte für die Genossenschaftsbewegung selbst, wie für die Sozialdemokratie, lautet:

Wir anerkennen die Genossenschaftsbewegung als eine der Triebkräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft, welche auf Klassengegenstände beruht. Ihr großes Verdienst besteht darin, praktisch zu zeigen, daß das bestehende verarmende und despotische System der Unterjochung der Arbeit unter das Kapital aufgehoben werden kann durch das Wohlstandserzeugende und republikanische System der Assoziation von freien und gleichen Produzenten.

Über die Genossenschaftsbewegung, beschränkt auf die zuverhättnisvollen Formen der Entwicklung, welche ihr einzelne Lohnarbeiter durch ihre Vereinigung geben können, ist nicht imstande, durch sich selbst die kapitalistische Gesellschaft umzugestalten. Um die gesellschaftliche Produktion in ein großes und harmonisches System der freien und genossenschaftlichen Arbeit zu verwandeln, bedarf es allgemeiner gesellschaftlicher Veränderungen, Veränderungen der allgemeinen Bedingungen der Gesellschaft, welche nie verwirklicht werden können ohne Uebertragung der organisierten Gewalt der Gesellschaft, nämlich der Staatsmacht aus den Händen der Kapitalisten und Landeigentümer in die der Arbeiter selbst.

Wir empfehlen den Arbeitern, sich eher auf Produktionsgenossenschaften als auf Konsumgenossenschaften einzulassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Wesens, die ersteren greifen es in seinen Grundfesten an.

Wir empfehlen allen Kooperationsgenossenschaften, einen Teil ihres Gesamtvermögens in einen Fonds zu verwandeln, der hilft, ihre Grundzüge zu verbreiten, sowohl durch Beispiele als durch Vorschriften, in anderen Worten: durch theoretische und praktische Anleitungen zur Förderung der Errichtung von neuen Genossenschaftsfabriken.

Um zu verhindern, daß Kooperationsgenossenschaften in gewöhnliche bürgerliche Aktiengesellschaften entarten, sollten alle Arbeiter, die bei ihnen beschäftigt sind, ob Aktionäre oder nicht, gleichen Anteil haben. Als bloß zeitweiliges Anstellungsmittel sind wir willens, zuzugeben, daß die Aktionäre Zinsen zu einem niedrigen Fuß erhalten.

Die in der Entschliessung niedergelegten grundsätzlichen Auffassungen verlieren in nichts von ihrer Größzügigkeit und Trefflichkeit dadurch, daß sie die Arbeiter auffordern, sich eher auf Produktionsgenossenschaften als auf Konsumgenossenschaften einzulassen. Denn in der Tat bildet heute die Eigenproduktion der Konsumvereine das Rückgrat ihrer Existenz und ihrer zukünftigen Entwicklung als volkswirtschaftlicher Faktor ersten Ranges. Nur bildet, was damals schwer vorauszu sehen war, die Konsumgenossenschaft die Grundlage der modernen Produktionsgenossenschaft. Es ist ja bekannt, daß gerade die gewerblichen Produktionsgenossenschaften der schwächste Zweig in der deutschen Genossenschaftsbewegung immer gewesen sind und die vielen Arbeiter-Produktionsgenossenschaften, die zum materiellen Nachteil ihrer Gründer und Mitglieder, leider auch zur Diskreditierung der sozialistischen Theorie wieder „eingegangen“ sind, bilden nur den Beweis dafür, daß auch Produktionsgenossenschaften mit Staatshilfe nach Vassalenschem Willen kaum lebensfähig gewesen wären. Warum? Weil die selbständigen Produktionsgenossenschaften genötigt waren, für den freien Markt zu arbeiten und damit der tödlichen Konkurrenz des übermächtigen Kapitals ausgeliefert waren, das schon vor der Entwicklung der Genossenschaften den „freien Markt“ beherrschte.

Über heute sind auch nicht mehr „einzelne Lohnarbeiter“ die Träger der einzelnen Genossenschaften und der Genossenschaftsbewegung, sondern es sind ganz allgemein die Verbraucher massen, die die Konsumgenossenschaften bilden und damit die Grundlage abgeben für Produktionsgenossenschaften, die nun nicht mehr um den freien Markt konkurrieren müssen, sondern die den festen und bestimmten Markt vor sich haben, der das Kapitalrisiko allmählich ausschließt und die — Regelung der Produktion ermöglicht.

Natürlich ist es deshalb immer noch vollkommen richtig,

wenn Marx in der Inauguraladresse selbst an anderer Stelle sagt, daß diese Entwicklung allmählich auf „nationaler Stufenleiter“ vor sich gehen müsse, um endgültig zum Ziele zu kommen. Deshalb auch die Erringung der politischen Macht zum vornehmsten Postulat der politischen Arbeiterbewegung geworden ist.

Die Erledigung des bayerischen Streites.

Bestimmte Kreise in Bayern sehen alle ihre Kräfte zu einem letzten Generalsturm gegen die Abmachungen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung an. Die Papiertanonen sind aufgeföhren, sie jagen salbenweise Argumente und Drohungen in die Bevölkerung. Wir sehen diesem wilden Bombardement einigermaßen uninteressiert zu. Die Vereinbarungen mit Bayern, bei denen, was wir wiederholen können, die Reichsregierung weiter entgegengekommen ist, als uns billig und verantwortlich erscheint, werden eingeleitet durch die Erklärung, daß die bayerische Staatsregierung spätestens bis zum 18. August ihre Sonderverordnung mit Wirkung vom gleichen Tage ab aufheben wird. Wenn jetzt ein Teil der bayerischen Presse es so darzustellen versucht, als ob Graf Verchenfeld und seine beiden Ministertollegen, die in Berlin Verhandlungen abgeschlossen haben, bei der süddeutschen „Bayer“ bedeutungslose Korrespondenten ohne Prokuratoren seien, so wird ihnen darauf die bayerische Regierung — denken wir — die nötige Antwort geben. Für den Willen, der in Berlin durch Unterschrift und Siegel einen Ausgleich suchte, kann doch das Bedürfnis des „Miesbacher Anzeigers“, lieber das bayerische Kabinett zu stürzen, als Frieden im Reich zu lassen, nicht maßgebend sein.

Eines bleibt ja doch in allem Geschrei und bei jedem Versuch, Staubwolken aufzuwirbeln zu lassen, hinter denen dunkle Geschäfte sich leichter abwickeln lassen, einwandfrei klar. Die Reichsregierung hat am 9. und 10. August 1922 mit der derzeitigen bayerischen Regierung die Krise gelöst. Der Friedenspakt ist geschlossen. Es ist unmöglich, daß irgendwelche landesparteiliche Einzelgruppen daherkommen und glauben, wie beim Hopfenhandel zum „allerlehten Male“ noch Einzelsorderungen stellen zu können. Jetzt muß der so oft betonte und von den Unterhändlern sicher auch ehrlich gemeinte Wille zum Reich auch in Bayern zum Durchbruch kommen. Was jetzt noch gegen den reichsdeutschen Burgfrieden antämpft, wird von stiermüder Dummheit, wahrscheinlich nicht zuletzt von noch viel schlimmerem getrieben, nämlich von dem Uedürfnis, das Reich in Unruhen zu stürzen. Gegenüber jenen Bestrebungen gibt es dann aber nur eine Klärung, und das ist die, auf die wir bisher in übergroßer Geduld gewartet haben.

Stimmen der bayerischen Presse.

München, 14. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Aufnahme des „Berliner Protokolls“, wie die bayerische Presse die Vereinbarungen zwischen Bayern und dem Reich bezeichnet, ist bei den bayerischen Regierungsparteien ziemlich einheitlich. Die Blätter dieser Parteien machen kein Hehl aus ihrer Enttäuschung und dem Bestreben, die vom Ministerpräsidenten unterzeichneten Vereinbarungen abzulehnen. Das mußte so kommen bei dem grenzenlosen Eigendünkel mancher bayerischen Landtagsabgeordneten, die sich durch die Veröffentlichung des Protokolls zu einem Zeitpunkt, zu dem sie als die eingebildeten eigentlichen Machthaber in Bayern ihre Einwilligung noch nicht gegeben hatten, beleidigt fühlen.

So stellt eine bestimmte Münchener Presse fest, daß das „Berliner Protokoll“ für den bayerischen Landtag lediglich den Wert eines „Konzeptes“ und nicht den eines Staatsvertrages habe. Das Protokoll enthalte zwar freundliche Worte, aber keine „rechtlichen Bürgschaften“ für die Landeshoheit.

Der „Bayerische Kurier“ betrachtet den Ausgleich vom 11. August nicht als eine Lösung der Krise, er bedeute nicht Frieden, sondern Waffenstillstand.

Die „Staatszeitung“ versucht den Standpunkt der bayerischen Regierungsvertreter zu verteidigen. Sie schreibt: „Die Erklärungen der Reichsregierung sind natürlich kein Staatsvertrag, aber doch eine feierliche Zusicherung. Diese Zusicherung ist

zu beachten, sie ist mehr als eine bloße Phrase, sie ist ein staatspolitisches Bekenntnis, und zwar von höchster Stelle. Es ist nicht alles, aber doch sehr viel erreicht worden, im wesentlichen das, was unter den gegenwärtigen Umständen hat erreicht werden können.“

Die scharfen Urteile, die über den Grafen Verchenfeld in manchen Kreisen der Bayerischen Volkspartei und Mittelpartei gefällt werden, finden natürlich ein dankbares Gehör bei der deutschpolitischen Presse. Diese rechnet bereits mit der Abdankung des Grafen Verchenfeld. Der deutschpolitische „Beobachter“ droht, im Kampf mit der bayerischen Regierung alle persönlichen und familiären Rücksichten fallen zu lassen, und der „Miesbacher Anzeiger“ kündigte an, er werde den Grafen Verchenfeld durch „Enthüllungen“ über sehr heikle Vorgänge im Hause des bayerischen Ministerpräsidenten zum Rücktritt zwingen.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ begrüßen die Einigung, die in den Verhandlungen in Berlin erzielt worden ist, mit großer Genugtuung und bemerken dazu, die Reichsregierung habe sich auch in diesen Verhandlungen bewährt, in denen die bayerische Regierung zwar mit Nachdruck für die Rechte Bayerns eingetreten sei, aber dem Reiche gegeben, was das Reiche sei. Unser Parteiblatt, die „Münchener Post“, betont, man dürste sich nicht darüber unklar sein, daß die bayerische Regierung bis spätestens den 18. August ihre Sonderverordnungen auf Grund der von ihr selbstgeleiteten Unterabfertigung restlos zurücknehmen müsse. Es sei nicht ihre Aufgabe, den bayerischen Koalitionsparteien Ratschläge zu erteilen, aber das dürfe ausgesprochen werden, daß jeder Versuch, die glatte und im persönlichen Geist gehaltene Erledigung des Streitfalles nach der vom Reich bewiesenen verständnisvollen und entgegenkommenden Haltung zu verzögern oder einen neuen Kuhhandel mit dem Reiche über diese oder jene Einzelheiten zu beginnen, die Sachlage aufs äußerste verschärfen und die Niederlage des bayerischen Kraftmeiertums noch erheblich empfindlicher gestalten müsse.

Ehrhardt-Bank und Mordorganisationen.

Ueber das nationalistische Bankunternehmen, an dessen Spitze Kapitänleutnant Ehrhardt steht, machen die PPN noch eine Anzahl interessanter Mitteilungen. Einer der sechs Werbeoffiziere, von denen der hier schon auszugewiesene veröffentlichte Prospekt redet, ist kein anderer als der jüngst wegen Beteiligung am Rathenau-Mord verhaftete Ernst v. Salomon. Er hat die Stellung auf ein Inserat in der „Deutschen Tageszeitung“ hin angenommen. Dieses Inserat ist auch dadurch interessant, daß es den deutschen Zeichnern solchen Entschluß angeht, der bevorstehenden Mahnahmen gegen die Kapitalflucht anempfehlen.

Die genannte Korrespondenz veröffentlicht dann noch einige Stellen aus einem Emissionsprospekt, der sich noch offener als das Werbeblatt ausdrückt. Danach liegt die ungarische Zeitung in den Händen des ehemaligen Budapest Polizeipräsidenten Bela v. Gabor, des Herren, unter dem sich die Erzbergermörder frei in Budapest bewegen konnten. Ferner wird gesagt, daß der eine Dividende von 7 bis 8 Proz. übersteigende Reingewinn sowie ein Teil des Agios, der 600 ungarische Kronen pro Aktie ausmacht, nicht ausgeschüttet werden, sondern „deutschen Zwecken“ dienen solle. Es kann danach kaum einem Zweifel unterliegen, daß die ungarische Treuhänder-Aktiengesellschaft eine der Quellen ist, aus denen die Mordorganisation gespeist wird. Charakteristisch dafür ist, daß ein besonderer Einverleib von Bukarest nach Passau eingerichtet werden soll, und daß ferner in den Zeichnungsscheinen ein Satz enthalten ist, wonach der Aktionär alle seine ihm auf Grund des Aktienbesitzes zufallenden Mitbestimmungsrechte zur Ausübung Herrn Ehrhardt überträgt!

Die Polizei hat übrigens schon seit einigen Tagen von der Sache Kenntnis. Am Sonnabend hat die Berliner politische Polizei an die Münchener Polizei das dringende Eruchen gerichtet, bei Herrn Ehrhardt v. Puttkamer und einigen anderen an der Gründung beteiligten Personen in München eine eingehende Hausdurchsuchung vorzunehmen. Was bei Hausdurchsuchungen der Münchener Polizei gegen rechtsgerichtete Personen herauskommt, ist allerdings bekannt!

Meeres-Sinfonie.

von Heinz Hartmeyer.

Ich liebe es nicht, nach harter Tagesarbeit abends in dumpfen Straßen zu sitzen oder im Café der Kortens-Kanone neuer Reichen und verlebten Ausländer zuzuschauen. Ich liebe nicht die sacharrinische Salon- oder heilere Schlagernmusik, ich liebe nicht den faden Duft dikaufgetragenen Puders oder sinnlicher Parfüms. Ich liebe frische, reine Luft, unwüchtige Naturmusik — „Kommt und folgt mir an den Strand!“

Hätte ich Euch nur nicht eingeladen. Meinen unbedachten Worten folgt die Strafe auf dem Fuße.

Dort sitzen sie nun alle und lauschen — Die Großmutter da, knipst Strümpfe und schaut über ihre Brille hinweg zu ihrer Nachbarin, die sich mit ihrem Ehegefährten über die teuren Eier- und Butterpreise unterhält und — „wie schön war doch alles früher!“ — Aber davon redet doch daheim!

Ihr da mit den suchenden Augen nach Schwiegeröhnen — habt wahrlich gut Kleider-Kritikieren gelernt; doch das Problem der Politik und der Kriegsschuldigen wird Euch ewig schleierhaft bleiben. Und alle Ihr wohlgerogenen Töchter mit Euren Pensionsföhren und Literaturkenntnissen hochherrschäftlicher, in Schweinsleder gebundener, mit goldenem Titel-prangender prächtiger Park-Romane, mit Eurer zuckeligen Stimme jungfräulicher Gebets-Romanzen — ach, bleibt daheim! Häßlich ist Eure Stimme zum Pflumpudding-Kochen. Doch das Meer braucht wirklich Eure Mitwirkung nicht.

Und alle Ihr Liebespärchen, schleckert Eure Bonbons und Eure Prosoline irgendwo in einem Café, in einer Dialekt — in Sutshou, Kismaja, Upernivik — wo Ihr wollt; die Welt ist groß, — und bemahrt Eure Fünfsminuten-Schwäher für später, für die Zeit des Häubchens und der Blage, wo ein Kuß ebenso selten ist wie heute abends in einer Großstadt eine nicht — Geld — verlangernde Bekanntschaft.

Du dort mit Deinen roten Turban, — beslegt doch die halsstarrige Kunst nicht. Schöne Deine Kräfte und sei vernünftig! Das keine Wüttenpapier eignet sich tadellos für einen Lampenschirm, so lange es unbeschädigt ist. Daß steht erst drauf: 10. Akt, 50. Szene, Graf Richard, eifrig zum Himmel schauend, reißt seiner Geliebten mit beiden Händen das Herz aus der Brust — so siehst Du nur Gespöster um Dein Licht schwirren.

Es schlägt 10 Uhr. Gott sei Dank, daß Eure Mutter, Euer Bass Euch keinen Hausstüffel mitgegeben hat. — Ihr habt das Rauschen der Wellen schon gefunden, ebenso wie jener Prinz aus Honolulu in der Oper das Einklingen der Instrumente schon fand und von der Overtüre ab an nichts mehr hören wollte. Bewahrt Euer „Gott wie süß“ für die neueste Strumpfmade, den neuesten Blusen-schnitt. Das Meer gebraucht Euer Lobgedul nicht. Kommt auch nicht wie „Gebildete“, „Gefehrte“, die alles berechnen und logisch begründen wollen. Das Tongemoge der Wellen unterliegt

keinen mathematischen Regeln, wenigstens nicht ihre Seele, ebenso wenig wie man wirkliche Musik konstruieren kann. Das Meer singt seine eigene Melodie, die man nur fühlen kann.

Wie ein Kind, das mit lustigen Blumen spielt, doch plötzlich die Verhe jubulieren hört, sein Spiel vergißt, weißvergessend den Jubelstößen lauscht, so kommt alle, die Ihr Euch versenken wollt in das Geheimnis der Musik des Meeres.

Tausend Lichter erhellten den weiten Raum; doch sie blendeten nicht oder verstanden sich hinter sinnliches Rot wie die drüben in den nächsten Tanzpavillons. — Nun hebt der Dirigent seinen Stab, nun lenkt er ihn.

Wer Ohren hat zu hören, der höre!

I. Allegro con brio.

Fortissimo setzt das Orchester ein. — Dampf wirbeln die Pauken, hell tönt das Blech, gepaart mit dem edlen Klang des Holzes und dem weichen Ton der Streicher. Es schwillt an, immer stärker, immer stärker, als wolle es alles mit sich fortreißen. Da, ein greller Schlag des Tomtam, und — Totenstille — — — — —

II. Andante con moto.

Ich weiß nicht, wie es kam. — Vor mir steht ein Mädchen, nackt in ihrer lichten Unschuld. Sie reicht mir ihre warmen Hände, beseligend bliden mich ihre dunklen Augen an, berauschend umgibt mich der Duft ihres wallenden Haares — ich fühle ein Paar weiche Arme, ein Paar heiße Lippen — — — — — ich fühle Seligkeit — — — — — und die Celli singen pp in As-Dur, — amoroso.

III. Allegro.

Was's nur ein Traum?! — Wieder rollen die wogenden Akkorde dahin, stürmend und brausend, als wollten sie das Weltall zersprengen.

Majestätisch geht das Spiel zu Ende.

Und irgendwo höre ich heimwärts gehend durch den Sternensraum hallen:

„Brüder, überm Sternenzelt
Ruh ein lieber Vater wohnen!“

Wie die Belgier wieder aufbauen. Während die Franzosen mit den Kriegsverwüsteten Gebieten eine eifrige Propaganda treiben, die ihnen wichtiger als die Wiederherstellung der Schäden zu sein scheint, lebt in Belgien ein harter Geist des Wiederaufbaues, der von einem Kult mit den verwüsteten Zonen nichts wissen will. Belgier sprechen niemals von einem „zerstörten Gebiet“, heißt es in der Schilderung, die ein Brüsseler Berichterstatter in einem Londoner Blatt veröffentlicht. „Sie bezeichnen das Kriegsgebiet als die „wiederaufgebaute Zone“. Mit dieser Haltung stellen sich die Belgier in strengem Gegensatz zu dem Touristen, der beim Besuch der Schlachtfelder das größte Interesse an zerstörtem Häusern und erhaltenen Schützengräben zeigt.

Bei so entschlossenem Willen sind denn auch die Wiederherstellungsarbeiten bereits weit gediehen. Der Boden ist vollständig gesäubert, und das war ein großes Stück Arbeit, wenn man bedenkt, welche riesigen Anhäufungen von Trümmern und Kriegsmaterial

sich hier befanden. Siesel sind in Hunderten reichlich vorhanden, aber Wasser ist spärlich. Es wurden daher Wasserleitungen angelegt, Wege wurden rasch hergerichtet, leichte Eisenbahnen erbaut, und nachdem alles vorbereitet war, wurde nach großzügigen Plänen eine ganz neue Stadt da errichtet, wo von der ursprünglichen Ansiedlung nichts übrig geblieben war. In Menin sieht man stattliche Häuser mit 7 Zimmern, die feste feste Mauern haben, in nur drei Wochen errichtet und dann gleich bezogen. In der Nähe von Ypern ist eine ganze Gartenstadt im Zeitraum von 100 Tagen emporgewachsen. Bei der Anlage von ganz neuen Städten ist die Arbeit verhältnismäßig leichter, als in jenen Orten, wo halbzerstörte Häuser wiederhergestellt werden. Ueberall aber bringt der Wiederaufbau den Bewohnern Vorteile, indem moderne Wasserleitungen und Lichtanlagen geschaffen werden. Die Einzigkeit, die in Flandern unzulänglich sind, sind die einst so viel benedicten Leute, deren Häuser nicht zerstört wurden. An der französischen Grenze, in Verdun, Comines und Warneton ist noch viel zu tun. In Ypern ist der Wiederaufbau im vollen Gange; das Land rings herum, das eine Wüste war, ist mit reichen Feldern bedeckt, und nur die rechteckigen, mit Drahtzäunen umgebenen Pflüge mit ihren schwarzen Kreuzen zeigen, wo die Gefallenen schlummern. Digmuiden, das so vollständig zerstört war, daß kein Stein auf dem anderen blieb, ist fast völlig wieder erstanden.“

Zus der Geschichte der Zigarette. Kurz vor dem Krieg erschien ein Tages ein Buch, das von den Abenteuern eines jungen Franzosen auf einer Reise durch Südamerika im Jahre 1767 berichtete. Hierin kommt eine schönfüßige Brasilianerin vor, die „Cigarillos“ rauchte, d. h. Tabak in einem engen Stück Papier, dessen Rauch sie „mit Seligen von sich ließ.“ Dieser unbedeutende Satz trägt nun, so merkwürdig es auch klingen mag, ein interessantes Stückchen Kulturgeschichte in sich; denn er enthält eine der ersten, ja wahrscheinlich sogar überhaupt die erste Erwähnung einer Zigarette. Erst 40 Jahre später werden die „spanischen Papierzigaretten“ auch in einem deutschen, von Remmich im „Journal für Tabak“ veröffentlichten Aufsatz beschrieben, und unter diesem Namen lernte man sie nun allmählich kennen.

Das Bedürfnis für eine Form, in der man auch die feinen türkischen und kleinasiatischen Tabake, die für die Zigarette nicht zu verwenden waren, gleichwohl rauchen konnte, und zwar ohne die Peise, die nicht jedermanns Geschmack war, lag ja längst vor. Also war es nur natürlich, daß man nun den Versuch machte, die spanische Papierzigarette nachzuahmen. Zunächst drehen sich die Raucher ihre Zigaretten selbst; allerhand Apparate tauchten nun auf, die das Rollen und Füllen zu erleichtern suchten.

Ein Deutscher war es, der endlich den Gedanken faßte, die Zigarette auch fabrikmäßig herzustellen. Joseph Hippmann hat er, und es war im Jahre 1892, also genau vor sechzig Jahren, daß er als Erster eine große Zigarettenfabrik gründete, aber freilich nicht in Deutschland, sondern in Russland. Erst zehn Jahre später führte er sein Erzeugnis auch in der Heimat ein, und so wurden dann vor sechzig Jahren die ersten Zigaretten in Deutschland hergestellt und zwar zuerst in Dresden, das ja auch heute noch den Mittelpunkt der deutschen Zigarettenindustrie bildet. Während man aber in Russland die Zigarette mit großer Begeisterung gebraucht hatte, begnügte der Deutsche ihr anfänglich mit einigem Mißtrauen. Ihr

Was heute die „Große Wäsche“ kostet.

Keine Hausfrau ist heute zu beneiden. Was nützt es ihr, wenn sie eine Tasche voll Papiergeld erhält. Die Teuerung schreitet mit Siebenmeilenstritten vorwärts und das Einkommen humpelt nur langsam nach. Bei weiten Schichten der Bevölkerung wird die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben immer größer. Manche Nacht wird schlaflos verbracht. Man rechnet und rechnet, wie am vorteilhaftesten der Einkauf für den kommenden Tag und für die Woche vorzunehmen ist, und wenn man dann diese Theorie in die Praxis umsetzen will, in die Läden kommt, erhält die Rechnung ein Loch. Ueber Nacht sind die Preise gestiegen. Ein Feder-, ein Kreidestrich, und die Einnahmen der Verkäufer werden größer, die Ausgaben der Konsumenten aber noch mehr.

Die Hausfrau wäscht selbst mit.

War schon früher die große Wäsche mit ihren, das Haushaltsbudget stark belastenden Ausgaben für die Wäscherinnen, umso mehr jetzt, wo die Preise auch für alles, was zur Wäsche gehört, zu Riesensummen angeschwollen sind. Vor dem Kriege kam es immer mehr in Aufnahme, daß die Hausfrauen sich dadurch von der Last, die die große Wäsche ihnen verursachte, befreiten, daß sie sie in die Wäschereien gaben. Bequem war diese Methode, aber sie hatte doch ihre großen Nachteile. Im Frieden nahm man diese Unbequemlichkeiten mit in den Kauf. Die Preise für Wäsche waren gering, vor allem aber der Teil des Einkommens, der für derartige Reisanfahrungen übrig blieb, bei weitem größer als jetzt, wo die Einkommensquote, welche für die zur Erhaltung des Körpers, Essen, Trinken, Wohnung, erforderlichen Dinge gebraucht wird, erheblich gestiegen ist. Kein Wunder, daß die Zahl der Wäscheanfahrsstunden zurückgeht, zumal auch neben den erwähnten Unzulänglichkeiten der Wäschereien die Hausfrauen durch die täglich höher kletternden Preise veranlaßt werden, diese zu meiden. Selbst das Waschen besorgen die meisten Hausfrauen selbst. In vielen Fällen hat der Hausvater den gewohnten steifen Kragen mit dem reichen verstaubt, das Oberhemd mit der „steif gestärkten Männerkrust“ ist dem weichen Hemd gewichen. Alles dieses kann von der Hausfrau selbst zurecht gemacht werden.

Eine Wäscherechnung.

Wenn auch das Loch, das die große Wäsche ins Haushaltsbudget reißt, nicht so groß ist als die Ausgaben für die Wäscherei, groß genug ist es auf jeden Fall. Für eine „große Wäsche“ im Haushalt (6 Personen — 14 Tage) ergeben sich heute folgende Zahlen:

2 Pfund Wäsepulver à 18 M.	36 M.	(0,50 M.)
2 Stck Seife à 11 M.	22	(0,40 „)
Eisener	1	(0,05 „)
Brotklofen, 25 Stck	25	(0,25 „)
Holz	10	(0,10 „)
Waldblau	1	(0,05 „)
Treibrolle 1 Stunde	5	(0,10 „)
Lohn für die Wäscherin (8 St. à 10 M.)	80	(8,— „)
Essen	50	(5,— „)
		280 M. (9,45 M.)

Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die Preise vor dem Kriege.

Es ist hier ein Haushalt zugrunde gelegt, der mit den Materialien aus dem Sparkasten umgeht. Für die Platten der Wäsche ist kein Pfennig gerechnet, obwohl auch hierfür mancher Kubikzentimeter Gas verwendet wird. Dann kommt es natürlich darauf an, wieviel Wäsche in dem Haushalt gebraucht wird, wie beim Essen der Tisch gedeckt ist, ob sich die Hausfrau damit begnügt, durch eine Glanzdecke dem Tisch ein freundliches Aussehen zu geben, oder ob sie mit weiß Leinen täglich den Tisch festlich herrichtet, um vielleicht durch diese Dekoration die kleinen Portionen für den Magen, das fehlende Fleisch, vergessen zu machen.

Mangel an Waschmitteln.

Uebrigens klagen die Hausfrauen augenblicklich, daß sie in den einschlägigen Geschäften nicht die Quanten Waschmittel erhalten, die sie brauchen; die Detailgeschäfte erklären, sie würden nicht beliefert, sie sind der Ansicht, daß ihre Lieferanten die Ware zurückhalten und daß sie erst dann wieder zum Vorschein kommt, wenn die Preise

entsprechend hoch genug sind. Die Fabrikanten allerdings behaupten, es fehle ihnen an Rohstoffen und Kohle. Dadurch werde die Produktion behindert und das sei die Ursache des Warenmangels. Uebrigens geht heute die große Wäsche in den meisten Haushaltungen in der Küche vor sich. Die Wäscheküchen, die in den meisten Häusern vorhanden sind, sind unbenutzbar geworden. Reparaturen sind in ihnen schon seit Jahren nicht vorgenommen. Außerdem ist das Waschen in der Küche bequemer. Man hat nicht so viel zu schleppen. Das fällt besonders dann ins Gewicht, wenn die Hausfrau sich selbst ans Waschfaß stellt, und das geschieht heute in den meisten Haushaltungen.

Viele Hausfrauen sind trotz der erwähnten Unbequemlichkeiten, die das Anvertrauen der Wäsche an Wäschereien mit sich bringt, genötigt, ihre Wäsche an diese zu geben. Räumlich alle die, die nicht die nötigen Waschgefäße und Waschgeräte besitzen. Ihre Anschaffung kostet heute Tausende. Und diese hat nicht jeder, trotz des gesunkenen Geldwertes.

Serenschluß.

Auf den Bahnhöfen seht jetzt wieder auf der Seite der „ankommenden Züge“ ein lebhafteres Treiben ein. Die Sonderzüge schütten ihre Reisenden in Massen aus, die ihren Urlaub beendet haben. Vater, Mutter und die Kinder sind braun gebrannt, haben unheimliche Pakete in den Händen und sprechen nur noch sachmännlich in dem Dialekt, in dessen Heimat sie gewesen sind.

Vater ist gebeugt unter dem Drucke, der auf seinem Rücken lastet und zugleich unter dem der leer gewordenen Brieftasche. Mutter rümpft die Nase und sagt: „Huch, jetzt sind wir wieder in Berlin, die Luft war an der See doch viel, viel „oceanreicher“. Die Kinder aber machen vor der Lokomotive noch einmal halt, schauen das Land an, welches sie wieder an die Stätte zurückbringt, die nun ein Jahr lang sie gefangen halten will. In der großen Bahnhofshalle werden die rührendsten Wiedersehensszenen sichtbar, die Verwandten werden überstürzt mit hunderten Fragen und können in deren Reihenfolge die erste nicht beantworten, weil sie in der Fülle schon wieder vergessen worden ist. Die Kinder fangen schon jetzt an, von den Erlebnissen zu erzählen und zeigen langsam zu Tode gemarterte Seerterne, Muscheln und kleine Felsblöcke, die sie zum Andenken der Reise, die sie unsicher gemacht haben, entrichten. Nur Vater steht als geduldiges Lämmchen beiseite und überlegt heftig, ob noch Geld für eine Droschke übrig ist. Das Portemonnaie aber bestimmt kategorisch die Straßenbahn „5 Mark die Fahrt“ à Mensch und Paket. So denken beinahe alle Reisenden, wenn sie wieder das Berliner Pflaster betreten haben, und der Sturm auf die Straßenbahn nimmt daselbst Ausmaß an wie seinerzeit, als die Züge nach dem Urlaubsort erstürmt wurden. Mutter hat inzwischen ihren Fragefluß eingebremst und ist beruhigt, daß in der Zeit ihrer Abwesenheit kein Einbrecher die Wohnung gefäubert hat und ist bestürzt darüber, daß die Fenster Scheiben nicht gespart worden sind (was sollen die Gegenüber davon denken?) und hält es sehr wohl für möglich, daß Katze sicherlich alle Kasserollen durchbrennen ließ. Dann wird sachmännlich erläutert, wie Kase geräuchert werden, ohne daß sie unmittelbar hinter dem Kopf abreißen, und die Pension ist sehr gut gewesen, beinahe jeden Tag Fleisch, nur die Stube war etwas klein und geregnet hat es meist. Ferner haben sie im ganzen selbst gekocht und es ist überhaupt „billig“ gewesen. Vater seufzt und erklärt, daß er auch einmal gebadet habe, die Kinder aber nicht, weil sie immer so sehr schnell den Schnupfen bekommen, im ganzen hat Mutter schon darauf gesehen, daß die Kinder nicht zu nahe ans Wasser kamen, da man nie wissen könne. Das Ganze nennt man Ferienschlus und heute beginnt die Schule!

Wetter bis Mittwochs mittags: Heißlich warm, überwiegend bewölkt, im Südwesten weilerdrehende, an der Küste mehr vereinzelte Gewitter, regen bei schwachen vorherrschend östlichen Winden.

Fünffache Friedensmiete?

In der gestrigen Abendausgabe hatten wir über die am Sonnabend abgehaltene Sitzung des städtischen Wohnungsausschusses berichtet und dabei auch mitgeteilt, daß über die Höhe der Friedensmiete Vertraulichkeit proklamiert worden sei, da der Magistrat erst am Mittwoch endgültig darüber Beschluß fassen wird. „Lokalanzeiger“ und „Rote Fahne“ haben sich wieder einmal darum nicht gekümmert und teilen in sensationeller Aufmachung mit, daß die Erhöhung der Friedensmiete 500 Proz. betragen solle. Da noch kein endgültiger Beschluß vorliegt, ist das Verhalten der beiden Blätter unter aller Kritik und nur geeignet, unnötige Beunruhigung herbeizuführen. Im übrigen nimmt es nicht mehr wunder, daß sich das linksradikale Blatt wieder einmal mit dem deutschnationalen „Lokalanzeiger“ in gemeinsamen Vorgehen gefunden hat. Die Unterschiede in der beiderseitigen Auffassung sind so auch sonst so gering, daß nicht eingesehen werden kann, warum sie in ihrem sonstigen Verhalten sich nicht gleichen sollen wie ein Ei dem anderen.

Der Schreckschuß eines Liebespärchens.

Zum Tode des Straßenbahnchaffners Cöpernick.

Der geheimnisvolle Tod des Straßenbahnchaffners Gottlieb Cöpernick ist durch die Ermittlungen der Kriminalpolizei insoweit aufgeklärt, als ein Raubmord nicht in Frage kommt. Der Tote hatte seine Brieftasche mit mehreren hundert Mark noch bei sich. Der tödliche Schuß ist wahrscheinlich von einem Bärchen abgegeben worden, das in der frohlichen Nacht im Viktoriapark auf einer Bank saß. Der Mann soll, weil er glaubte, daß er vom Gebüsch aus mit seiner Begleiterin beobachtet wurde und weil er sich bedroht glaubte, einen Schreckschuß in das Gebüsch hinein abgegeben haben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Cöpernick von diesem Schuß getroffen und getötet worden ist. Auf die Ermittlung des Revolvererschützen ist eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt. Der Schuß ist von Einwohnern und Wächtern in der Nacht zum 2. August auch gehört worden. Personen, die ihn ebenfalls gehört haben und die über das Bärchen irgendwelche Mitteilungen machen können, werden ersucht, sich bei Kriminalkommissar Engelbrecht im Zimmer 54 des Polizeipräsidiums, Hausanruf 374, zu melden.

30 Prozent Wasserzuzug.

In die Verhältnisse auf dem Lande leuchtet eine Verhandlung gegen die Frau des Bäckers Grahl, die sich vor der Strafkammer des Landgerichts III wegen Nahrungsmittelvergehen zu verantworten hatte. In der gleichen Sache hatte die Vorinstanz auf 1500 M. Geldstrafe erkannt, gegen die der Staatsanwalt jedoch Berufung eingelegt hatte. Die von dem Gute zum Verkauf gebrachte Milch war, wie verschiedene Stichproben ergaben, mit einem Wasserzuzug bis zu 30 Prozent verfeinert. Zur Verteidigung wurden in der ersten Instanz, wie auch in der gestrigen Verhandlung, die unglücklichen Arbeiterverhältnisse auf dem Lande angeführt. Es sei angeführt, daß die „Armen“ und „Diebinnen“ dem nichtsohnenden Bäcker die Milch austränken und sie dann verwässerten. Auf Grund der Beweisaufnahme jedoch nahm das Gericht vorsätzliche Handlungswaise an und verurteilte die Beklagte zu 1 Monat Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe. Das Strafmaß, so führte der Vorsitzende aus, könne bei derartigen Vergehen im Interesse unserer Kinder und Kranken nicht hoch genug bemessen werden, wodurch der Profitgier gleichzeitig ein Dämpfer aufgesetzt werde.

Ein italienischer Anarchist.

Der als Mittäter des vom Anarchisten Boldrini verübten Bombenattentats auf das Flora-Theater in Mailand im April d. J. in Berlin verhaftete Franzeseo Chezzi hatte Montag vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Er hatte sich bei seiner Einlieferung ins Untersuchungsgefängnis als Franz Caspar in das Aufnahmebuch, das eine öffentliche Urkunde darstellt, eingetragen. Hierfür erhielt er zwei Wochen Haft, welche durch die Untersuchung verbüßt sind. Er bleibt aber weiter in Haft.

Ursprünglich war er bekanntlich als Mittäter Boldrinis verhaftet worden. Die italienische Regierung hat aber, wie Justizrat Dr. Viktor Frankl vor Gericht mitteilte, diese Anklage fallen gelassen und betreibt seine Einlieferung jetzt wegen Teilnahme an einer Geheimorganisation und wegen des unerlaubten Besitzes einer Handgranate. Chezzi behauptete heute, daß er nicht mehr italienischer, sondern russischer Staatsbürger sei.

Der Sprung in die Welt.

Ein Jungarbeiterroman von Artur Zidler.

Zu Hause sagte Hans von der ganzen Angelegenheit nichts, er wurde um die zweite Morgenstunde von der Mutter geweckt und verließ auch das Haus. Pfeifend schlenderte er durch die stillen Straßen, an der Marienbrücke begegnete er der Zampa, die stumpsinnig dahertrottete, Weithase knallte mit der Peitsche, lachte und rief: „Der Kommerzienrat hat sich blau geärgert, und wir haben uns den ganzen Abend gefreut. Wieviel ist uns der Schneider schuldig?“

„Zwei Mark und zehn Pfennige. Nach's gut, Weithase! Zampa hül!“ Der Wagen polterte weiter über den Schotter. Die Straßenlaternen brannten in trüber Blässe. Unter dem Brückenbogen rauschte das Wasser. In der Innenstadt arbeiteten die Straßensieger. Auf hohem Gerüstwagen klopften Monteure an den Straßenbahnstrahlen herum. Hans sah ihnen zu. „Geh ins Bett!“ schrie einer von oben. „Bin schon wieder draußen.“ lachte Hans und ging weiter. Im Bahnhof war es hell und warm. Hans studierte die Aufschriften der Fabrikartenhalter. Berlin — Königsberg — Ebdtkuhnen — Riga — Petersburg. Nürnberg — München — Innsbruck — Mailand — Rom. Hannover — Düsseldorf — Aachen — Brüssel — Paris. Er trank sich einen Kausch an den Namen der fremden Städte, keine Ruhe wollte er finden, bis er nicht überall gewesen sei. Hamburg sollte das nächste Ziel sein. Von da aus irgendwohin ins Blaue, Norden, Süden, Westen oder Osten. Der freudige Drang trieb ihn wieder nach der Vorstadt, wo er Rudi abholen und nach der Fabrik begleiten wollte. Er trat unterwegs einen Schulkameraden. „So, du bist also nicht mehr bei der Milch. Frage doch bei uns an, in der Schokoladenfabrik, ich glaube, es werden welche eingestellt.“

Durch die Straßen, in zwei Zügen herauf und hinunter eilten die Arbeiterscharen. „Es ist recht so,“ entschied Rudi, „wir wollen zuerst nach Hamburg fahren. Dort werden wir dann sehen, wo der Wind hin will. Vielleicht fahren wir zur See. Uebrigens etwas Neues: gestern kam ein Arbeiter zu mir und sagte, ich sollte mich organisieren. Was das für einen Zweck haben soll? Er meinte, wenn sich alle Arbeitskollegen zusammenschließen, können sie bessere Bedingungen erreichen, kürzere Arbeitszeit und höheren Lohn. Darauf sagte ich, daß wir auf die Wanderschaft wollen, und er meinte, dann sei es

erst recht vernünftig, sich zu organisieren, weil man in der Fremde einen Halt an der Organisation habe und Organisierte sich gegenseitig immer behilflich seien. Das leuchtete mir ein, ich habe mich eintragen lassen und einen Monatsbeitrag gezahlt. Wenn du jetzt wieder Arbeit annimmst, wirst du gut tun, dich auch zu organisieren.“

„Das kann man machen,“ sagte Hans. Die Schokoladenfabrik war ein langgestrecktes Gebäude in der Nähe des Bahndammes. Ein starker Kaffeegeruch strömte durch das Tor auf die Straße heraus; denn gleich am Eingang lag die Kafferei. Der Portier nickte auf Hansens Anfrage und lief mit ihm in die Packerei, wo ein alter Mann mit einer roten Nase das Regiment führte. Der starre Hans durch eine scharfe Brille an und meinte, Hans könne nach den Feiertagen antreten, und nahm ihm die Papiere ab. Hans war heilfroh und die Mutter auch, schon darum, weil der Lohn ein besserer war als in der Kafferei.

Vater Onfreder schimpfte schon wieder: „Ihr verfluchten Zappelfrisen! Zu Weihnachten bleibt man daheim und ruht sich aus. Wo wollt ihr denn hin? Auf die Dörfer? Daß euch doch die Hunde beißen möchten.“

Natürlich gingen sie doch. Es herrschte kaltes, klares Wetter draußen, die Luft war still. Krähenzeug lärnte auf dem Acker, der Schritt scholl hart auf der Straße. In der Heide Inarrien die Bäume. Um sich warm zu machen, warfen die beiden Steine in prasselndes Geäst, bis ein Forstmann kam und drohte, er werde ihnen Steine in die Schnauze jagen. „Dho,“ gab Rudi zurück, „wir schmeißen besser als du!“ Das schien glaubhaft, denn der Waldmann ging weiter, ohne noch etwas zu bemerken.

In den stillen Dörfern roch es nach Weihnachtstuchen. Die Freunde hielten sich nirgends auf, die Luft am Laufen wurde immer stärker. Die Zeit vertrieben sie sich mit Phantasterei. Sie waren in tiefen Wald gekommen und brauchten nahezu drei Stunden, ehe das nächste Dorf zu erreichen war. „Weißt du, wer wir sind?“ spannte Hans den Faden. „Wir sind Grenadiere Napoleons. Wir haben das Heer verloren, aber hinter dem Walde werden wir es wiederfinden; denn wir hören die Kanonen schlagen. Jetzt laufen wir nun schon Wochen, Tage und Nächte durch den russischen Wald, und unsere Heimat ist so weit hinter uns, daß wir sie vielleicht nie wieder erreichen werden. Wir brennen darauf, in die Feldschlacht zu gelangen, weil wir das wilde und gefährliche Leben über alles lieben.“

In den Quartieren, wo wir lagen, haben wir Wein getrunken und schöne Weiber gesehen, aber nichts konnte uns halten, denn wir haßen das Volk, das am Dien sitzt, und sind für das Marschieren um die runde Welt. Unser Trompeter hat ein helles Horn voll jubelnder Signale, denen sind wir so treu, daß wir sie hören, auch wenn sie nicht geblasen werden.“

Rudi hob die Nase in die Luft. „Du — es fängt an zu regnen. Was machen wir jetzt? Wir müssen schneller laufen.“ Bald drehte die Flut in Wirbeln herunter, daß die Kiefern mit den Zweigen um sich schlugen. Die Freunde rannten, was sie konnten, das Spintisieren war ihnen vergangen. Es dauerte nicht lange, so klatschte ihnen das Zeug auf dem Leibe, die Mäntel wurden schwer und rannen wie Dachtraufen. Auch die Bäume triefen, es gab kein Unterstellen. Die Tropfen tanzten auf der Straße, die wie ein Fluß ausah, bei jedem Schritt rann das Wasser aus den Stiefeln, die Jungens froren bis ins Herz hinein und suchten wie Matrosen. Noch eine Stunde bis zum Dorf — und der Regen ließ nicht nach.

In der Schenke brachen die Bauern und Arbeiter in dröhnendes Gelächter aus, als die unglücklichen Spähen her-einkamen. Die Jungens sahen totenblau aus und wurden von der Kälte geschüttelt. „Gebt den armen Teufeln heißen Grog auf meine Rechnung,“ schrie ein Bauer, und die beiden schlürften gierig den heißen und scharfen Trank. „Wo wollt ihr denn hin?“

„Spazieren gehen.“ Neues Gelächter. Die Wirtin schüttelte den Kopf. „Ihr seid Hauptthäne. Es wäre kein Wunder, wenn ihr euch den Tod hollet. Wo wollt ihr denn eure Kleider trocken?“

Da stand ein Mann auf: „Ich werde sie zu den Glashütten bringen, dort wird ja heute gearbeitet. Bei den Defen ist eine Bullenhöhe, und ihr werdet bald trocken sein.“

So ging es wieder hinaus in den Regen, ein Stück die Dorfstraße entlang, bis sie in den Hof der Glashütte einbogen. Die Glashütten waren blendendweißes und rotglühendes Licht durch den weiten dämmernenden Raum, wohligh warm schmeichelte die Luft. Blauscheinübergossene Männer schlangen die Rohre mit dem gleichenden Glas.

Hans und Rudi durften dableiben und zerrten sich das nasse Zeug vom Leibe, das bald vor den Defen zu dampfen begann. Das nackte Fell ließen sich die Jünglinge ebenfalls von der Blut bestrahlen und wurden wieder warm und übermütig dabei.

„Wir gehen durch Wasser und Feuer an einem Tag — was willst du mehr?“ (Fortsetzung folgt.)

Aus Toulon.

Eine Bitte der letzten Kriegsgefangenen.

Mit dem Poststempel „Toulon sur mer“ versehen erreicht uns vom „Depot Special des Prisonniers de guerre, du Fort de Lemalgue-Toulon“ der Brief eines jener unglücklichen 27 Kriegsgefangenen, die dort noch immer trotz aller Vorstellungen festgehalten werden. Wir geben nachstehend das Schreiben im Wortlaut wieder:

Fort Lamalgue, den 11. August 1922.

Sehr verehrte Redaktion!

Als einer der letzten 27 deutschen Kriegsgefangenen, die noch immer mit Verlangen dem Tage ihrer Freiheit entgegensehen, bitte ich Sie um Veröffentlichung folgender Zeilen: Obgleich schon vier Jahre Frieden ist, die Gefangenen bis auf uns 27 Mann alle der Heimat wiedergegeben wurden, ist ein großer Teil der Heimat in dem festen Glauben, wir müssen „Verbrecher“ sein, denn, so sagt man immer, wären sie längst frei, wenn es nicht so wäre! Und dabei sind wir auch nur Opfer der Verhältnisse. Können wir dafür, daß wir nicht, wie die übrigen Bestraften, begnadigt wurden? Ah, wenn wir bestraft sind, müssen wir etwas „verbrochen“ haben und man darf uns Verbrecher nennen? Mit nichten! Wollen Sie, die Sie sich uns gegenüber als Engel fühlen, nachfolgende Strafen ein wenig durch den Kopf gehen lassen, vielleicht verachten Sie uns „Vogelreiher-Verbrecher“ dann nicht mehr, sondern haben ein ganz klein wenig Mitleid mit uns? Bin ich vielleicht ein Verbrecher, weil ich mir aus einem Müllhaufen eine zerrissene französische Uniform suchte, sie mir reparierte, und zu meiner Flucht benutzte? Dafür bekam ich 5 Jahre Zuchthaus!!! Ist der ein Verbrecher, der auf seiner Flucht einige Karaffen stahl, oder einen Hering, oder einige Büchsen Desfordinen, um den wahnwitzigen Hunger zu stillen? Ich könnte mehr solcher Fälle anführen. Nur deshalb bekamen wir so hohe Strafen, um andere abzuwarnen, und wir waren Feinde! Wir selbst wissen uns frei von jedem Vorwurf, um so mehr schmerzt es, wenn man nach seiner Heimkehr nur schief angesehen wird! Glauben Sie, die Sie sich um so Vieles besser dünken als wir, daß man in Frankreich „Verbrecher“ so loyal behandelt wie wir es werden? Die möglichste Freiheit innerhalb der Mauern wird uns gewährt. Schiffen oder Rikshabildungen kennen wir nicht. Wir bekommen verschiedene Zeitungen zu lesen, auch eine französische. Hier alles Gute trotz der mühsamen Lage anzuführen, ginge zu weit. Ich hoffe zuversichtlich, daß diese Zeilen das Mißtrauen, welches man uns entgegenbringt, beseitigen möge.

Kriegsgefangener 2892.

Schnippa-Curt.

Der Wunsch des Kriegsgefangenen Schnippa, daß diese Zeilen einem größeren deutschen Leserkreis bekannt werden mögen, ist damit erfüllt. Es ist natürlich selbstverständlich, daß man die 27, sobald sie wieder in Deutschland sind (was recht bald der Fall sein möge), hier nicht als kriminell Beschädigte ansehen wird.

Wo die Hausbrand-Kohle bleibt.

Die fortwährenden Klagen über die mangelhafte Hausbrandversorgung, die aus allen Kreisen der Verbraucher kommen, haben das städtische Kohlenamt zu besonders scharfen Ueberwachungsmaßnahmen veranlaßt, um jede widerrechtliche Verwendung der für den Hausbrand bestimmten Vorräte, namentlich der Steinkohle, zu verhindern. Wiederholt konnten die Beamten des Kohlenamtes in letzter Zeit größere Mengen Steinkohle, die zu anderen Zwecken verschoben waren, beschlagnahmen und der Hausbrandverteilung zuführen. Ein besonders reichlicher Haug ist ihnen vor kurzem gesüßelt. In mehreren Stellen wurden insgesamt circa 7000 Zentner Steinkohle im Werte von mehr als 1 Million Mark beschlagnahmt. In einem Falle wurde den Beamten dabei so energischer Widerstand geleistet, daß ein größeres Aufgebot von Schutzpolizei zur Hilfe herbeieilen mußte. Die Firma Reiber u. Behm hatte an eine Reihe von Industrieunternehmen Hausbrandkohle abgegeben. Unter anderem hatte die Engelhardt-Brauerei 5000 Zentner und die Lederfabrik von Potthoff in Blankenburg 1500 Zentner Kohlen erhalten, die nunmehr beschlagnahmt wurden. Bei der letzten Kohlenurkunde wurde verurteilt, den Beamten Widerstand zu leisten, so daß es zu dem erwähnten polizeilichen Eingriff kam. Gegen die Firma Reiber u. Behm ist bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet worden.

Im Kokainrausch.

„Schnupf-Frida“ auf Beutezügen.

Ein Ausländer hatte auf einer Vergnügungsfahrt durch die Friedrichstadt eine junge „Dame“ kennengelernt, mit der er eine Reihe von Stätten aufsuchte, an denen man sich nicht langweilt. Die Reise endete in einem Hotel in der Friedrichstadt, wo der Schwede morgens um 6 Uhr mit diesem Kopf und leerer Brieftasche erwachte. Die freundliche Dame war verschwinden und mit ihr seine Devisen, 700 schwedische Kronen, nach unserem Gelde also heute etwa 206000 Mk. Obwohl der Bestohlene der Polizei gar nicht das Hotel anzugeben vermochte und von der Begleiterin nur sagen konnte, daß sie seiner Ansicht nach hübsch gewesen und ihm gut gefallen habe, konnte sie bereits in der nächsten Nacht ermittelt und verhaftet werden. Jetzt hätte sie dem Schweden eigentlich noch besser gefallen müssen, denn die Kleine war jetzt hoch elegant angezogen. Sie hatte sich sofort vom Kopf bis zur Sohle vollständig neu eingekleidet und es sich auch etwas kosten lassen. Immerhin beschaffte sie noch 60000 Mk. Den Bestohlenen konnte also diese Summe und außerdem ein auf Seide gearbeitetes, hoch elegantes Kostüm, letzte Pariser Mode, Ladenpreis 28000 Mk., mehrere Garnituren feinerer Unterwäsche u. a. m. wieder ausgehändigt werden.

Dem Kriminalkommissar fiel bei der Verhaftung des Mädchens, einer gewissen Frida Niemeit, deren Raubzustand auf, und als er das Mädchen verhörte, erfuhr er, daß es gleich nach dem Diebstahl nach der „Flottweilklause“ in der Flottweilstr. 14 gegangen war, wo es mit anderen Gästen Kokain geschmuppelt habe. Dieses Lokal wurde daraufhin in Augenblicke genommen. Die Verhaftete, die dort als die „Schnupf-Frida“ bekannt war, hatte in ihrem Kokainrausch mit den schwedischen Kronen nur so um sich geworfen. Das ganze Lokal wurde ausgehoben und alle Personen nach dem Polizeipräsidium gebracht. Heute aus allen Berufsgruppen wurden dort angezogen. Eine besonders aufgepumpte Dame, die nach kurz vor ihrem Verhör roch einen Blick in den Spiegel warf und ihre Lippen zurechtzupfte, wurde als Mannentier v. Wegen die Vertreter des Kokains wurde ein besonderes Verfahren eingeleitet.

Internationale Telegraphistenwettstreit.

Zu dem vom 17. bis 21. August in Berlin stattfindenden dritten Internationalen Telegraphistenwettstreit sind bisher 143 Telegraphenbeamte aus Dänemark, Estland, Finnland, Italien, Jugoslawien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Rußland, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei, Ungarn angemeldet. Außerdem nehmen Angehörige des Freistaats Danzig und des Saar-gebiets teil.

Ihnen werden die besten deutschen Telegraphenbeamten an den verschiedenen Telegraphenstellen im Wettstreit gegenüberstehen, und zwar sind gemeldet 165 Beamte der Reichstelegraphenverwaltung, 61 der Reichseisenbahn und 14 An-

POSTABONNENTEN

welche auch im nächsten Monat Wert auf eine regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ legen und eine Unterbrechung in der Zustellung vermeiden möchten, müssen die Erneuerung des Postbezuges in den Tagen vom 15. bis 20. d. M. bei dem zuständigen Postamt vornehmen

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

gestellte der deutschen Junggesellschaften. Während bei den ersten beiden internationalen Wettkämpfen, die vor dem Kriege in Italien stattfanden, nur die Drahttelegraphie berücksichtigt war, ist diesmal, entsprechend ihrer hohen Bedeutung für den internationalen Verkehr, auch die Funktelegraphie in den Wettstreit einbezogen worden. Das Reichspostministerium hat zur Verteilung an erfolgreiche Wettbewerber eine Erinnerungsmedaille aus Bronze prägen lassen. Der Reichspräsident hat den Meisterschaftspreis, der Reichspostminister, der Reichsverkehrminister, der Handelsminister sowie der Staatssekretär für Telegraphie haben Ehrenpreise gestiftet. Außerdem sind eine größere Anzahl wertvoller Kunstgegenstände aus den Kreisen des Handels, der Industrie und der Presse als Preise für den Wettbewerb zur Verfügung gestellt worden. Besonders bemerkenswert ist es, daß die Hochindustrie auf Anregung des Reichspostministeriums eine Anzahl Bronzeplaketten hat anfertigen lassen, die mit Bildnissen von Heinrich von Stephan, dem Gründer des Weltpostvereins, Werner von Siemens, dem Erfinder des Seekabels, Heinrich Herz, dem Entdecker der elektrischen Wellen und Emil Rathenau, dem genialen Organisator und Techniker, geschmückt sind. Die Vorbereitung und Leitung des internationalen Wettstreits liegt in den Händen des Staatssekretärs für Telegraphie Dr. Bredow. Als Vertreter der ausländischen Telegraphenverwaltungen sind 16 Delegierte angemeldet, die in Gemeinschaft mit deutschen Vertretern ein internationales Preisgericht bilden und der Staatssekretär bei der Leitung der Wettkämpfe unterstützen werden.

Wieder ein schimpfender Postrat.

Schon von jeher ist die Reichspost ein Hort der Reaktion gewesen; daß aber auch jetzt noch einzelne Beamte es sich erlauben können, in den Dienstjahren Republik und Regierung ungestraft in rüpelhafter Manier zu schimpfen, das beweist ein Vorfall, der uns aus Leserkreisen folgendermaßen geschildert wird:

Es war am 8. August im Briefträgerlokal des Postamts W. 15, Uhlendstr. 42. Trotdem der Raum mit Beamten und Privatpublikum gefüllt war, erang sich der Beamte Stern in wüsten Schimpfereien gegen die Republik. Worte wie Schieberrepublik, Verbrecher usw. horete man nur so. Dann kamen die — Juden an die Reihe, die doch an allem schuld seien. Zum Schluß erzählte Herr Stern seiner aufstrebenden Gemeinde: Die Gesetze zum Schutze der Republik seien nur gemacht, damit über die Schieberellen der Regierenden nicht geredet werden kann.

Vielleicht beschäftigt sich die jedenfalls auch im Postamt W. 15 vorhandene „verantwortliche Stelle“ einmal mit besagtem Herrn Stern des Räubers. Des Befehls zum Schutze der Republik könnte hier seine Schuldigkeit tun!

Ein Schieberkonsortium.

Die Geschäfte der Alldeverwertungsgesellschaft.

Unter dem Verdachte der Untreue und des Betruges wurden gestern der bisherige Liquidator und Direktor der Alldeverwertungsgesellschaft Hugo Wolff aus der Leibnizstr. 4 und der Kaufmann Rabe aus der Goethestr. 9 festgenommen. Wolff wird zum Vorwurf gemacht, daß er im Herbst 1921 zu einer Zeit, als er noch Direktor und Liquidator der Alldeverwertungsgesellschaft war, zusammen mit Karl Rabe unter der Bezeichnung erst „Impez“ und später „Rawe“ in der Schlüterstr. 10 in einem abgetheilten Zimmer eine GmbH, gegründet hat mit der Absicht, sich und Rabe durch strafbare Ausbeutungen seiner Stellung unberechtigte Vorteile zu verschaffen.

Die Gründung dieser ohne Kapital oder auf einer anderen Basis zustande gekommenen Gesellschaft hat Hugo Wolff nach dem beschlagnahmten Schriftwechsel vor länger als Jahresfrist schon geplant. Als dann Rabe sich nicht schnell genug entschloß, machte ihn Wolff darauf aufmerksam, daß die Bestände der Alldeverwertungsgesellschaft rapide zu Ende gingen und daß man sehr bald zu einem Entschluß kommen müsse, weil ihm, Wolff, von anderer Seite zwei ähnliche Angebote gemacht worden seien. Bald darauf kam unter der Bezeichnung „Rawe“ (soll wohl heißen Rabe-Wolff) die Handelsgesellschaft für Industriebedarf zustande. Die Geschäfte übernahm neben Rabe Direktor Wolff. Die Geschäftsverbindung der „Rawe“ mit der Alldeverwertungsgesellschaft war nur auf das Einströmen von Zwißangewinnen eingestellt. Es wurden zum Teil offensichtlich nur zum Schein Kaufverträge über bestimmte Warenlieferungen und bestimmte Preise abgeschlossen. Die Waren wurden aber von der „Rawe“ nicht bezahlt und auch nicht abgenommen, sondern von den Lagern der Alldeverwertungsgesellschaft meist durch deren Angestellte zu höheren, von der „Rawe“ festgesetzten Preisen an dritte Abnehmer weiter verkauft. Den geringen Kaufpreis, der der „Rawe“ berechnet wurde, erhielt die Alldeverwertungsgesellschaft, der erhebliche Mehrerlös von dem eigentlichen Verkauf der

Waren an dritte wurde an die „Rawe“ abgeführt. So veräußerten diese Nachschafften der armen und armsten Bevölkerung die so dringend nötigen Waren in unerhörter Weise. Wie groß der Umfang der hier in Betracht kommenden beinahe ein Jahr hindurch gehenden Schiebung ist, steht noch nicht sicher fest. Er ist jedenfalls nicht gering.

Artur Reil geisteskrank.

Der wegen schwerer Erpressungen in Untersuchungshaft befindliche „Schriftsteller“ Artur Reil, der seit einiger Zeit auf seinen Geisteszustand untersucht wird, ist gestern tobhaft geworden und mußte nach der Charité übergeführt werden.

Die elektrische Nordbahn.

Die Arbeiten zur elektrischen Jungförderung auf den beiden Nordbahnstrecken Berlin-Bernau und Berlin-Hermendorf sind nahezu zu Ende geführt worden. Die Ausgestaltung und Durchbildung für die Stromabnehmer für die Wagen ist beinahe fertiggestellt. Sie werden an den Wagen beweglich angeordnet, so daß sie auf freier Strecke an die Stromschiene (Schiene) von unten, bei Brücken und Ueberführungen von oben angreifen können. Hierdurch wird der Umbau bzw. die Höherlegung zahlreicher Brückenträger erspart, ebenso wie auch der Umbau einer ganzen Reihe von Ueberführungen. Die ersten Versuche mit dieser neuen Art der Stromabnahme werden demnächst stattfinden. Die Vermessungsarbeiten auf beiden Strecken sind ebenfalls zu Ende geführt worden, so daß die Herrichtung des Bahnkörpers für den elektrischen Betrieb in Angriff genommen werden kann, sobald die Fabriken mit der Lieferung der elektrischen Streckenausüstung begonnen haben. Etwas langsamer schreitet die Fertigstellung der drei Unterwerke fort. In unmittelbarer Nähe des Bahnhofes Gesundbrunnen ist die während des Krieges stillgelegte frühere Fetigasanstalt an der Gabelung der beiden Nordbahnstrecken zu einer Unterstation umgebaut worden. Die Geometer und ein großer Teil des Reortendhauses sind abgerissen, die Fundamente sind größtenteils durch Sprengungen abgebrochen und die Reste des Mauerwerks zur Herstellung des neuen Unterwerkes verwendet worden. Der Termin zur Inbetriebnahme auf beiden Strecken ist zum Frühjahr kommenden Jahres in Aussicht genommen. Bis dahin werden auch die beiden anderen Unterwerke in Hermendorf und Buch fertiggestellt sein und mit den notwendigen Apparaten versehen sein.

Die aus Elßa-Lothringen Ausgewiesenen, auch diejenigen Deutschen, die mit solchen Ausgewiesenen in Berührung kommen, machen die neuerdings aus Elßa-Lothringen im Reich aufmerksamer, der in allen größeren Städten Ortsgruppen besitzt. Die Zentralkasse des Hilfsbundes selbst befindet sich Berlin-Schöneberg, Martin-Luther-Str. 26/27, wohin sich die Ausgewiesenen wenden können.

Ausbildung von Kriegerwitwen für den Bureauhilfsdienst. Für Kriegerwitwen, die über eine ausreichende Vorbildung besonders in Schrift- und Sprachgewandtheit verfügen, besteht nach einer Mitteilung der Hauptfürsorgestelle der Stadt Berlin die Möglichkeit, in den städtischen Wahlförderungsschulen für Frauen und Mädchen für den Bureauhilfsdienst in Lehrgängen für Maschinenschreiben, Stenographie, Deutsch, Rechnen, Buchführung, Handelskorrespondenz, ausgebildet zu werden. Die näheren Bestimmungen sind im Rathaus Neukölln, 1. Treppe, im Aushängelasten zu ersehen. Geeignete Kriegerwitwen, die sich ausbilden lassen wollen, können sich zur Anmeldeung bis zum 23. August im Rathaus, 1. Treppe, Zimmer Nr. 191, beim Stadtoberinspektor Lieh melden.

Erhöhung der Gebühren im Paket- und Verstehe nach dem Ausland. Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paket- und Telegrammverkehr sowie für Ferngespräche nach dem Ausland ist mit Wirkung vom 7. August an auf 160 M. festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Küstchen mit Wertangabe nach dem Auslande maßgebend. Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

1. Kreis, Charlottenburg, Dienstag, den 14. August, 7 1/2 Uhr, erweiterte Sitzung im Zimmer 1.
2. Kreis, Tiergarten, Mittwoch, den 15. August, 7 Uhr, bei Kämpfer, Hansburger Str. 3, Sitzung der Abteilungsführer, Erheben des Votums.
11. Kreis, Schönberg-Friedenau, Arbeitergemeinschaft der Arbeiterbrunde, Spielplatz Dienstag und Freitag von 8 Uhr nachmittags ab auf dem alten Turnplatz, Rubens-, Ecke Wegstraße, Sammelstelle für Schönberg-Friedenau, Ecke Zernsdorfer Straße; für Friedenau: Albin, Ecke Weststraße.
13. Kreis, Tempelhofer Park, Mittwoch, den 15. August, 7 1/2 Uhr, im Tempelhofer Park, 17, Sitzung des Kreisvorstandes, Vollständiges Erscheinen Pflicht.

Mittwoch, den 15. August:

82. Vst. Steglitz, 8 Uhr im Gymnasium Oglitzstraße, Mitgliederversammlung, Thema: „Mittwoch“, Ref. Ueber.
84. Vst. Neukölln, 7 Uhr Ueberlegung und Funktionsprüfung bei Taubel, Weststr. 23. Die Mitgliedschaft vom 11. August abrechnen.
82. Vst. 7 1/2 Uhr bei Wolff, Reiter-Friedrich-Eiche, Sitzung der Funktionäre und Ueberlegung der Reichsführer, Bericht vom Bezirksrat.
106. Vst. Hohenschulz, 7 1/2 Uhr Schulaula Roonstr. 2, Thema: „Die politische Lage“, Ref. Robert Fendel.

Frauenveranstaltung:

44. Vst. Gemüthliches Beisammeln mit Kaffeestunden bei Nische (Victoria-Garten, früher Ludwig, Am Tränenort Post 25-26, Treffpunkt 8 Uhr Städtiger Straße, an der Emmauskirche.

Jugendveranstaltungen.

Dienstag, den 15. August:

- Kostenloser Vortragsabend, Jugendheim Gemeindehaus Oglitzstr. 18, Vortrag: „Warum bin ich im Verein Arbeiterjugend“, — Steglitz, Jugendheim Johannes-Strassen-Straße 13, Vortragsabend: „Der Frauenkrieg“, — Schöneberg, Jugendheim Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Treppen links, Vortrag: „Gesellschaft und Sozialismus“, — Regel, Jugendheim Hohenschulz, 15, Vortrag: „Gleichschritt“.
- Wichtig! Alle Genossen, die sich an den Bestellungen zum Sportfest beteiligen, treffen sich heute abend 8 Uhr im Tempelhofer Park, Spielplatz 6, um 1/2 Uhr.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Stenographenverein Steglitz-Charitz, Nordstr. 17, Ueberlegung für Damen und Herren Dienstag 7 bis 9 1/2 Uhr in der 120. Gemeindehalle, Ostendstr. 107a.

Arbeiter-Sommerkolonie Berlin, e. V., Am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet in der Schule hinter der Garnisonkirche eine außerordentliche Generalversammlung statt. Der Kundesprechende Genosse Steig spricht über Arbeitergemeinschaften. Die weitere Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich.

WENESTI RUND

FEINE MILDE CONSUM-ZIGARETTE

MIT UND OHNE GOLD!

Industrielle Nebenregierung.

Die „Soz. Kor.“ richtet an die Reichsregierung u. a. folgende Anfrage:

Gegen die geplante Erhöhung der Ausfuhrabgaben laufen Industrie und Handel nicht nur in der Presse, sondern durch ihre Organisationen an allen maßgebenden Stellen Sturm. Dabei können Industrie und Handel wirklich begreifen, daß bei dem gegenwärtigen Preisstand eine Erhöhung der Ausfuhrabgaben einfach unvermeidlich ist. In großen Teilen der Welt bestehen gegen die deutschen Waren Dumpingzölle. Wenn wir noch länger warten, werden sie erhöht und verallgemeinert. Dann fließt ein Teil der Ausfuhrerträge in die Reichskasse in fremde Staatskassen. Wird die Regierung unter diesen Gesichtspunkten fest bleiben und an der schleunigsten Erhöhung der Ausfuhrabgaben festhalten? Als die Gewerkschaften bei den letzten großen politischen Zwischenfällen die Reichsregierung in der Erhaltung der wirtschaftlichen Ruhe zu unterstützen suchten, indem sie den Arbeitern wenigstens die Gewißheit geben wollten, daß sie weiter in einer freien Republik arbeiten können, da hätte die ganze bürgerliche Presse über Nebenregierung der Gewerkschaften. Jetzt, wo die Regierung in Sachen der Ausfuhrabgaben dringende Allgemeininteressen vertritt, repräsentiert die Nebenregierung der Reichsregierung das Kapital gefallen lassen? Wird sie sich gar etwa unter sie beugen?

Die Frage ist in der Tat berechtigt. Die Industrie verachtet sich neuerdings den Staatsnotwendigkeiten mit einer Hartnäckigkeit, die von kleinlichem Interessententumstandpunkt diktiert ist. Wir hoffen, daß die Reichsregierung ihr kein Gehör schenken wird, zumal die Industrie gegen private Steuern längst nicht die Energie aufbringt, mit der sie jetzt ihre flammende Protestaktion leitet. Wenn die Industrie Rot leidet, warum bewilligen dann die Bearbeiter den Rohstoffproduzenten, insbesondere bei Eisen und Baustoffen jeden Preis? Hier hätten sie Gelegenheit, sich gegen „Uebergriffe“ zu wahren. Sie tun es nicht. Dann mögen sie auch dem Reiche geben, was das Reiche ist.

Ausfuhrabgabe und Reichswirtschaftsrat.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates wird in gemeinsamer Sitzung mit dem Ausfuhrabgabenausschuss auf Wunsch der Reichsregierung am Donnerstag, den 17. August 1922 noch einmal über die Anpassung der Ausfuhrabgaben an die veränderte Devisenlage beraten. Der Ausfuhrabgabenausschuss hat sich bekanntlich am 3. August mit 3 gegen 2 Stimmen (Arbeitnehmer und freie Berufe gegen Arbeitgeber) grundsätzlich für eine Anpassung der Ausfuhrabgaben an den Valutastand ausgesprochen.

Höhere Preise für Umlagegetreide?

Das Umlagegesetz für Getreide ist kaum in Kraft getreten. Das hindert aber die Agrarier nicht, bereits jetzt eine Erhöhung der Preise für Umlagegetreide unter Hinweis darauf zu fordern, daß der Getreidepreis am freien Markt infolge der Valutaverfälschung seit Juli fast auf das Doppelte gestiegen ist. Deutlicher kommt die Agrarier nicht kundtun, daß sie aus der Valutaverfälschung unmittelbaren Nutzen ziehen wollen. Sie tun es ohnehin, da ihnen für das Getreide aus neuer Ernte, abgesehen von einem Abschlag für die geringere Qualität, die Preise des freien Marktes zugute kommen. Nun hat bereits der Wegfall der Lebensmittelzuschüsse des Reiches und die bisherige Erhöhung des Umlagepreises zu einer runden Verdoppelung des Brotpreises geführt. Die Preise für Auslandslebensmittel haben sogar eine bedrückende Verteuerung erfahren. Umso mehr ist notwendig, daß der Brotpreis nach Möglichkeit festgehalten wird.

Das Gesetz für die neue Umlage sieht vor, daß die Preise für Umlagegetreide den Herstellungskosten Rechnung tragen sollen und daß entsprechende Revisionen bei der Ablieferung des zweiten und dritten Drittels der Pflichtmenge vorzunehmen sind. An diesen Revisionen sind Vertreter der Landwirt-

Genossenschaft als wichtig und selbstverständlich. Doch diese Anschauungen hielten nicht lange vor, und gar bald hatte die Zigarette nicht weniger Liebhaber gefunden als die Zigarre. Die allgemeine Verbreitung, die sie z. B. im Orient und in Spanien besitzt, hat sie freilich bei uns nicht erreicht.

Auch Feinde haben sich ihr entgegengestellt, und deren Einwendungen, die gewöhnlich die Unkultiviertheit, den Zigarettenrauch während des Rauchens einzatmen oder zu verschlucken, waren auch berechtigt, ebenso wie die Tatsache nicht zu leugnen ist, daß gerade die Zigarette nicht selten zu unmäßigem Tabakgenuss anreizt.

Zur Förderung des Chorgesanges des deutschen Volkslebens will das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung jetzt eine neue Form staatlicher Anerkennung verliehen. Es hat drei künstlerische Gedenksteine schaffen lassen, die an Männer, Frauen und gemischte Gesangsvereine auf Antrag und nur aus Anlaß des 50., 75. und 100jährigen Jubiläums verliehen werden sollen. Voraussetzung ist, daß der Verein sich in jahrelanger ernster und erfolgreicher Arbeit überwiegend der Pflege des Chorgesanges und des deutschen Volksliedes gewidmet hat. Für die Beförderung solcher Anträge sollen Bescheinigungen der großen Sängerverbände, des Deutschen Sängerbundes und des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, dienen.

Zur Schulbücherfrage. Die Preissteigerung der Schulbücher, die eine ernste Gefahr für den Unterricht zu werden droht, hat das preussische Kultusministerium zu einem Erlaß veranlaßt. Nur durch Überlegung Sparmaßnahmen kann, so wird da betont, der Fortbestand der Bildungsarbeit gesichert werden. Neuerdings hat sich der Brauch herausgebildet, daß bei Verlegungen und beim Abgang von der Schule die älteren den jüngeren Schülern ihre Bücher verkaufen. Damit Mißstände dabei verhütet werden, sollen die Lehrer hierbei die Schüler beraten und mit ihnen zusammen höchstens festsetzen. Mißbräuche, aus denen unbemittelte Schüler entstehen können, Einkauf von Heften u. a. im großen, Benutzung in den Familien vorhandener älterer Ausgaben fremdsprachlicher Schriftsteller, auch wenn diese nicht genau den Vorschriften entsprechen — all das empfiehlt das Ministerium zu fördern.

Die Staatstheater eröffnen die neue Spielzeit am 20. August. Es sollen zur Aufführung kommen: im Opernhaus am 20. (Sänger-Waagenstein), die „Zauberflöte“, am 21. (Nahane Sutterlin), am 22. (Volodina), am 23. (Sänger-Waagenstein), „Carmen“, am 24. (Sänger-Waagenstein), am 25. (Der fliegende Holländer), am 26. (Cosi fan tutte), am 27. (Aida), am 28. (Rigoletto), im Schauspielhaus: am 20. (Napoleon), am 21. (Der Gant), am 22. (Napoleon), am 23. (Kumbasi), am 24. (Napoleon), am 25. (Die Journalisten), am 26. (Der Gant), am 27. (Napoleon), am 28. (Torquato Tasso). Der Vorverkauf für die genannten Vorstellungen beginnt am 17. vormittags an den üblichen Verkaufsstellen.

In den Kammerspielen wird statt „Die ewig lächelnde Frau“ von Dienstag an „Der Raub der Sabinerinnen“ gegeben.

Am Wallner-Theater gelangt Freitag das Drama „Medium“ des Wiener Kriminalpsychologen Dr. Leopold Thema zur Aufführung. In diesem Werk, das vor den Gefahren der Hypnose warnen will, wird das Problem Verbrechen und Hypnose zum erstenmal in einem Drama auf die Bühne gebracht. Der Autor wird einen ausserordentlichen, durch Lichtbilder illustrierten Vortrag voraussichtlich.

schafflichen Verbände beteiligt. Es erscheint daher unverständlich, daß man, bevor die Zeit überhaupt gekommen ist, schon wieder auf dem Wege des üblichen Protestrummels eine Preisserhöhung fordert, während doch eine Kommission, an der die Agrarier selbst beteiligt sind, bei gegebener Zeit nach sachlichem Maßstab die Preise festsetzen kann. Es scheint, daß für das Verhalten der Agrarier wie so oft auch diesmal politische Gründe maßgebend sind. Wir erwarten von der Regierung, daß sie sich von dem Protestrummel der Agrarier keinesfalls beirren läßt und eine Erhöhung des Umlagegetreides erst dann vornimmt, wenn es sachlich notwendig ist.

Dolchstoß-Rückzug.

Die „Tägliche Rundschau“ sucht nach ihrem Reinfall mit dem feinen Herrn Breithaupt immer noch trampschaft die Dolchstoßlegende aufrechtzuerhalten. Aber es werden — je länger, je mehr — tägliche Rückzugsgefechte, die schon in regellose Flucht ausarten.

Jetzt hat sie sich einen Landwehrsoldaten verschrieben, der im Frieden 13 Jahre aktiv als Unteroffizier gedient hat, also als Erzeugnis des echt preussischen Militarismus angesehen werden kann. Und was bekundet dieser Mann gleich zu Beginn seiner Ausführungen? Auch er habe stets die Meinung vertreten, daß nach dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg für Deutschland der Krieg nicht mehr zu gewinnen war. Die armen Väter der „Täglichen Rundschau“ werden über diesen neuen Schwurzeugen der Dolchstoßlegende nicht weniger staunen als über Herrn Breithaupt.

Und worin bestehen die positiven Bekundungen dieses Herrn? Er schildert, daß im Jahre 1918 die Demoralisation bei den Fronttruppen schon sehr groß gewesen sei. Der junge Erfolg sei widerpenstig gewesen, die Frauen hätten Sammerbriefe aus der Heimat geschrieben, Munitionskolonnen, die Weinlager antraten, hätten lieber sich betrunken, als Munition vorzuführen usw. Als ob das je ein Mensch besprochen hätte! Im Gegenteil, gerade von den Gegnern der Dolchstoßlegende ist immer darauf hingewiesen worden, wie mit der immer längeren Dauer des Krieges und dem Anwachsen der Entbehrungen die Demoralisation um sich greifen mußte! Für das wirkliche Beweisthema, daß diese Demoralisation nicht auf natürlichen Ursachen beruhte, sondern künstlich in die Truppen hineingetragen worden sei, bringt der Verfasser der „Täglichen Rundschau“ auch nicht den Schatten eines Beweises. Dagegen bemerkt er selber am Schluß seiner Ausführungen, daß wir bei Abschluß des Waffenstillstandes „halb verhungert“ waren. Der Herr soll sich einmal von einem erfahrenen Psychologen etwas über die seelischen Auswirkungen des Hungers erzählen lassen, dann wird er nicht mehr nach phantastischen Gründen für die von ihm geschilderte Demoralisation suchen.

Ausführlich geht der ehemalige Offizier der „Täglichen Rundschau“ auf die zahlreichen Desertationen ein, die natürlich mit der allgemeinen Demoralisation infolge der langen Kriegsdauer und der Entbehrungen im engsten Zusammenhang stehen. Aber hier kippt plötzlich seine Beweisführung in ein seltsames Gegenstück um. Er schreibt nämlich:

Dies ist die Wirkung der zahlreichen Desertationen (Red.) hat unsere Oberste Heeresleitung zu spät erkannt. Sie ist daher jener Taktik eine brave Helferin gewesen, indem sie seit Kriegsbeginn die Kriegskriegsartikel in ihrer ganzen Schärfe nicht angewandt hat.

Nun ist es also die Oberste Heeresleitung, die den Dolchstoß mitgeführt hat! Wir gäben etwas darum, wenn wir die Geschlechter der „Rundschau“-Leser bei der Lektüre dieses Artikels hätten beobachten können!

Lebendige Tote.

Eine Anzahl der auf Grund des Schutzgesetzes aufgelösten Verbände scheint sich um das Verbot sehr wenig zu kümmern. So verleiht der „aufgelöste“ Verband nationalgeringster Soldaten seine „Ehrendenkmünze des Weltkrieges“ munter fort. Zum mindesten lesen wir im „Generalanzeiger für Stettin“ vom 5. August (Nr. 182) noch eine Notiz über die soeben erfolgte Verleihung der Ehrendenkmünze an einen Führer W. P. — War die Verleihung einer Kriegsauszeichnung durch eine private Vereinigung schon vor dem ein Anfang, so wird sie nach Auflösung dieser Vereinigung geradezu ein Standal.

Aus den Berichten unseres Münchener Korrespondenten wissen unsere Leser, daß die in Hamburg auf sechs Monate verbotene „Hamburger Warte“ jetzt in München unter dem Namen „Friedericus“ erscheint. Die das „S. L.“ hierzu noch mitteilt, hat der Herausgeber des Blattes, Herr F. C. Holz, die Adressen seiner Hamburger Abonnenten mitgenommen und sendet ihnen den „Friedericus“ von München aus zu. Nach § 21 des Schutzgesetzes erstreckt sich das Verbot einer Zeitschrift auch auf jede angeblich neue Druckchrift, die sich sachlich als die alte darstellt. Herr Holz macht sich also strafbar, und die bayerische Regierung kann einmal wieder zeigen, ob und inwieweit Reichsgesetze auch in Bayern gelten.

In einem Aufsatz des Freiherrn von Freytag-Loringhoven in der „Vamerschen Tagespost“ wird behauptet, die „Schlesische Tagespost“ sei verboten worden, weil sie bedauert habe, daß der preussische Kultusminister Boellig in einem Aufruf an die Jugend gegen die Verhehlung nur von rechts Stellung genommen habe, und weil sie dann noch drei oder vier weiteren Sätzen ohne jede Beziehung auf den Minister gesagt habe, „daß es ein Zeichen von Robheit und Dummheit sei, den Rathenow-Wort der deutschen nationalen Partei an die Kackhöfe zu hängen. Sie wurde auf vier Wochen verboten, weil sie damit Herrn Boellig Robheit und Dummheit vorgeworfen habe“. Der Verfasser gibt eine völlig falsche Darstellung. Die „Schlesische Tagespost“ hat, wie feinerzeit amtlich durch die Presse verbreitet wurde, gegen den preussischen Kultusminister Dr. Boellig, wie der Zusammenhang klar erweist, den Vorwurf sittlicher Robheit, Berkommenheit und wohlberechneter Verleumdung erhoben. In derselben Nummer warf das deutschnationale Blatt dem Reichskanzler Dr. Biriß vor, daß er mit gewissen Maßnahmen geizig habe, bis er vom Lande sei und an seine Pflichten erinnert werden mußte, was, wie es in der Begründung heißt, die denkbar schwerste öffentliche Beschimpfung eines deutschen Staatsmannes ist. Für das Verbot war also nicht der eine, noch dazu von Professor Freiherrn von Freytag-Loringhoven falsch wiedergegebene Grund maßgebend, sondern zwei Gründe. Es sei übrigens bemerkt, daß das Verbot vom Minister des Innern für berechtigt erklärt, jedoch abgelehnt wurde, und daß die Beschwerde eines anderen Blattes, das vom Oberpräsidenten in Breslau wegen desselben Vorwurfs gegen den Reichskanzler für 12 Tage verboten war, vom Staatsgerichtshof kostengünstig verworfen worden ist.

Oedlandsiedlung in Nordwestdeutschland.

Auf unseren Artikel „Oedlandsiedlung in Nordwestdeutschland“ wird uns vom Landwirtschaftsministerium geschrieben:

Die Angaben über die Stellungnahme des Preussischen Landwirtschaftsministeriums zu der Enteignung von Oedlandbereien des Hofbesizers Tebbe-Südmerzen sind nicht zutreffend. Der Tebbe'sche Besitz gehört zu einem Oedlandgebiet, dessen Enteignung für Siedlungszwecke vom Kreise Berlin-Brandenburg betrieben wird. Die Enteignung ist in erster Instanz für zulässig erklärt. Hierüber haben sich die sämtlichen 68 beteiligten Eigentümer, zu denen auch Tebbe gehört, beschwert. Die Beschwerden werden augenblicklich nachgeprüft. Eine Entscheidung des Landwirtschaftsministeriums konnte bei dieser Sachlage bisher überhaupt nicht ergehen, und ebensowenig konnte dem Westfälischen Bauernverein gegenüber das Vorgehen des Landrates beanstandet werden. Auf eine entsprechende Anfrage ist der Vertretung der Deutschen Bauernvereine nur mitgeteilt worden, daß das Verfahren auf die Beschwerde der beteiligten Eigentümer zurzeit der Nachprüfung unterliegt. Doch hierdurch der Abschluß des Verfahrens verzögert wird, ist in den gesetzlichen Vorschriften begründet, die dem Eigentümer des Oedlandes das Recht zur Stellung eines Antrages auf Bewährung einer Frist zur Selbstzufriedenheit einer seinen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Fläche geben. Derartige Anträge werden von den betroffenen Eigentümern regelmäßig gestellt; sie haben stets umfangreiche und daher zeitraubende und kostspielige Ermittlungen zur Folge, ohne die aber eine sachliche Bearbeitung der nun einmal gesetzlich zulässigen Anträge der Eigentümer ausgeschlossen wäre. Von einer bürokratischen Handhabung der gesetzlichen Vorschriften oder gar von einer Verschleppung des Verfahrens durch die Siedlungsbehörden kann hiernach keine Rede sein. Letztere sehen es vielmehr, wie auch der „Heuermann“ in Nr. 30 vom März 1922 zutreffend feststellt, als eine ihrer vornehmsten Aufgaben an, die Befriedung des Oedlandes trotz aller Widerstände und Hemmungen mit allen Mitteln zu fördern.

Damit wird also bestätigt, daß die Eigentümer von ihrem Beschwerderecht regelmäßig Gebrauch machen und daß dadurch das Enteignungsverfahren erhebliche Hemmungen erfährt. Das war es, was der Vorsitzende des nordwestdeutschen Heuerunterverbandes W. Helling hauptsächlich feststellen wollte und was ihn zu der Forderung einer Reform des Reichs-siedlungsgesetzes veranlaßte. Wenn ihm bei dieser Gelegenheit sachliche Irrtümer unterlaufen sind, so ist das an und für sich bedauerlich.

Lord Northcliffe.

Man nannte früher die Presse die siebende Großmacht. Wohl in keinem Menschen hat sich dieses Wort so bewahrt wie in dem gestern gestorbenen englischen Pressefürsten. Er konnte mit Recht von sich sagen, daß in seinem Reiche die Sonne nicht untergeht, denn er beherrschte den ganzen Erdball.

Alfred Harmsworth, Gründer des „Daily Mail“, eines „Volksblattes“ überster Sorte, das eine Auflage von über zwei Millionen hat, verstand es wie keiner, alle technischen Fortschritte und alle gewalttätigen Auswüchse des kapitalistischen Systems auf die Presse zu übertragen. Er hat auch zuerst in der Presse die „vertikale Konzentration“ zur Durchführung gebracht. Wälder, Sägewerke, Papierfabriken, Verlagsanstalten, Ausstellungen, Neblamenunternehmungen, Versicherungsanstalten usw., alles umfaßte sein organisatorisches Genie. Er hat das Reporter-system auf eine unerreichte Höhe gebracht.

Und so stieg auch er von Stufe zu Stufe in der gesellschaftlichen Rangordnung, wurde Sir, Lord, Earl, Viscount. Er wurde schließlich Besitzer der „Times“, dieser alten, eng-lopädischen Zeitung von wohlverdientem Belust.

Er blieb aber im Grunde Alfred Harmsworth, ein Parvenu, der die errungene Macht in der großschädigsten Art handhabte. In seinem Nachdunkel wollte er sich sogar Lord George unterwerfen. Aber hier sollte er seinen Meister finden.

Es ist fast überflüssig, hinzuzufügen, daß Northcliffe alle üblen Instinkte der Massen aufpeitschte, ein Kriegsheer der schlimmsten Sorte war. Seine Pariser Kollegen werden ihn ehrlieh betrauern. Sonst wohl niemand in der Welt, die er zu beherrschen suchte, ohne sie mit Geist zu erfüllen.

Zum Sozialistenkongress in Prag.

Die Wiener Internationale stellt eine Unwahrheit richtig.

Bereits im gestrigen Abendblatt meldeten wir ausführliches über die eben in Prag erfolgte Tagung der Exekutive der Zweiten Internationale. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ schreibt, wie uns telephoniert wird, in ihrer heutigen Ausgabe dazu:

„Die Exekutive der Zweiten Internationale hat die für Anfang Oktober in Hamburg in Aussicht genommene allgemeine Konferenz auf einen späteren Zeitpunkt verlegt, um vor allem die Arbeit der Kommission abzuwarten, die in Amsterdam eingesetzt wurde und vorige Woche ihre erste Beratung in Brüssel hatte. Die Anregung, sowohl die Konferenz der Zweiten Internationale in Hamburg als auch die Konferenz der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien in Karlsbad auf einen späteren Termin zu versetzen, um das Ergebnis der in Amsterdam in Angriff genommenen Arbeiten abzuwarten, wurde schon gelegentlich der Amsterdamer Tagung besprochen. Unerwünschte Verhandlungen über die Bedingungen über die Vereinigung der Zweiten mit der Wiener Internationale (W.I.) haben jedoch niemals stattgefunden. Diese an sich bekannte Tatsache zu konstatieren, halten wir deshalb für nötig, da aus nichtgenannter Quelle in Prag eine Weidung verbreitet wird, in der von einer Erörterung der Bedingungen über die Vereinigung der beiden Internationalen bei der Tagung der Exekutive der Zweiten Internationale die Rede ist.“

Es ist schwer festzustellen, aus welchen Motiven jene Falschmeldung entstand. Da unsere Leser über den wahren Stand aller Einheitsbestrebungen unterrichtet sind, war wohl beabsichtigt, in den Reihen der Unabhängigen Verärgerung zu schaffen. Das läßt auf die Quelle schließen.

Kölnen Protest gegen die Moskauer Justiz. Die Vertreter der sozialdemokratisch gesinnten Bevölkerung Kölns haben am Sonntag in einer außerordentlichen Konferenz des Kreisverbandes Köln der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einstimmig eine Protestresolution angenommen, in der das Urteil, das in Moskau gegen eine große Anzahl Mitglieder der Sozialrevolutionären Partei Russlands gefällt worden ist, als ein unerhörtes Verbrechen gegenüber der internationalen Arbeiterbewegung bezeichnet wurde. Es sei um so mehr ein Schlag gegen den Sozialismus und die Menschlichkeit, als es zu einer Zeit gefällt wurde, in der in Deutschland eine große Zahl Sozialisten und Kommunisten, die wegen politischer Vergehen verurteilt worden war, amnestiert wurden.

Der 4. Kongress der Kommunistischen Internationale. Der 4. Kongress der Kommunistischen Internationale soll am 7. November dieses Jahres in Petersburg zusammentreten.

Gewerkschaftsbewegung

Die Bergarbeiter zur Kohlenkrise.

Eine Revierkonferenz für das rheinisch-westfälische Kohlenrevier des Verbandes der Bergarbeiter fand am Sonntag in Bochum statt. Sie nahm zunächst Stellung zu den Richtlinien zum Betriebsrätegesetz für das Gebiet des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus. Nach einem Vortrage des Genossen Dr. Berger über den Stand der Brennstoffversorgung in Deutschland wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Die am 13. August in Bochum in der Bürgergesellschaft tagende Vertrauensmännertagung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier nimmt Kenntnis von dem gegenwärtigen Stand der rheinischen Steinkohलगewinnung und -versorgung. Der durch die Gebietsabtretung bedingte Verlust von nahezu einem Drittel der deutschen Steinkohलगewinnung gefährdet die gesamte deutsche Industrie auf das äusserste, lähmt den Verkehr und hindert besonders die Arbeiterschaft daran, sich mit Hausbrandkohlen versorgen zu können. Trotz dieser ungeheuren Belastung der deutschen Wirtschaft legt das Spaabkommen dem deutschen Volke die Verpflichtung auf, weiter 24 Millionen Tonnen Steinkohlen jährlich an die Entente zu liefern. Die Aufrechterhaltung dieser Verpflichtung muss, wenn nicht sofort ausserordentliche Mittel zur Anwendung ergriffen werden, in aller Kürze zum vollständigen Zusammenbruch der deutschen und damit der europäischen Wirtschaft führen. In Anbetracht dieses Umstandes und in Würdigung der Tatsache, dass der abgeschlossene Manteltarifvertrag den Bergarbeitern einige wichtige Rechte garantiert, und dass das verabschiedete Arbeitszeitgesetz die Arbeitszeit im Bergbau endgültig regelt, beauftragt die Konferenz den Verbandsvorstand, sofort mit den zuständigen Stellen Verhandlungen einzuleiten, um den aus der Kohlennot drohenden Gefahren zu begegnen.“

Der Metallarbeiterstreik abgelehnt.

Wie wir erfahren, kann der Streik in der Berliner Metallindustrie als abgelehnt betrachtet werden. Gestern abend fehlte zwar noch das Resultat von etwa 100 Betrieben, meist Kleinbetrieben, aber nach dem vorläufigen Ergebnis aus mehr als zwei Dritteln der Betriebe, darunter sämtliche Grossbetriebe, kann der Streik als abgelehnt gelten, was gleichbedeutend ist mit der Annahme des Schiedspruchs.

Beendete Lohnbewegungen.

Im chemischen Großhandel und den Verbandsmitteln.

Für beide Gruppen hatte der Schlichtungsausschuss Schiedssprüche gefällt, die von den Arbeitnehmern angenommen, aber von den Arbeitgebern abgelehnt wurden.

Die Arbeitgeber des chemischen Großhandels gaben vor dem Demobilisierungskommissar die Erklärung ab, sich dafür einzusetzen, dass der Spruch angenommen wird. Diese Annahme ist erfolgt.

Die Arbeitgeber der Verbandsmittelhersteller berieten gleichfalls in einer dazu anberaumten Versammlung über den Schiedspruch. Nachdem unsere Erklärung abgegeben war, dass wir unter keinen Umständen unsere Lohnbewegung verschleppen ließen, erfolgte auch hier die Zustimmung des Schiedspruches.

Die gedruckten Tarife sind im Bureau des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Berlin, Engelauer 24/25, Zimmer 31, gegen Vorzeigung des Mitgliedsausweises erhältlich.

„Ein Fall von vielen.“

Der Bäckermeister Oskar Braun, Wehlauer Str. 3, führt sich durch die unter dieser Aufschrift in Nr. 357 des „Vorwärts“ veröffentlichten Angaben bezüglich der Beschäftigung eines jungen Gefellen beleidigt und gibt folgende Darstellung des Falles:

Der in dreijähriger Lehrzeit in Berlin ausgebildete Bäckergehilfe sei im Oktober 1921 an ihn herangetreten, um bei ihm das Konditorhandwerk zu erlernen. Zu diesem Zweck sei der junge Mann bei ihm als Volontär eingetreten. Außer dem zuletzt gezahlten Wochenlohn von 80 M. habe der Geselle „sämtliche Beförderung für den Top, die ich wöchentlich mit 400 M. anrechne“, erhalten. „Außerdem habe ich noch wöchentlich 30 M. für Krankentafelbeiträge und für Steuern gezahlt. Meines Erachtens ein ganz angemessener Lohn für einen Volontär (Lehrling).“

„Ebenso unmahr“, wie die Bezahlung dargestellt ist, sei die Angabe über die Dauer der täglichen Arbeitszeit. Wenn der — sagen wir Volontär — länger als 8 Stunden gearbeitet hat, so habe er für sich bzw. seine Eltern gebeten. „Auf meine wiederholten Vorhaltungen, nach 8 Stunden nach Hause zu gehen, hat er stets geantwortet: „Ich weiß nicht, was ich zu Hause machen soll.“

Herrn Braun ist nichts davon bekannt, daß er sich in rabiater Weise dem Eingreifen der beruflichen und amtlichen Organe widersetzt haben soll.

Ob es zulässig ist nach den für das Bäckerhandwerk geltenden tarifvertraglichen Vereinbarungen, daß ausgebildete Bäckergehilfen

im Beruf als Volontäre beschäftigt werden können, um im Verlauf ihrer Tätigkeit sich auch im Kuchenbacken auszubilden, ist uns nicht bekannt. Ist das der Fall, dann müßten Bestimmungen darüber bestehen, wie lange das Volontärverhältnis dauern und unter welchen Lohnbedingungen es bestehen soll. Es ist jedenfalls nicht in der Ordnung, daß ein im Bäckerhandwerk Ausgebildeter bei einem Bäckermeister noch einmal besonders in die Lehre geht, um des Nebengewerbes der Kuchenbäckerei zu erlernen. Die Gefellenzahl ist ja mehrere Ausbildungszeit zur Meistererschaft mit. Ein neues Lehrverhältnis in der Konditorei konnte doch nur in einem Konditoreibetriebe eingegangen werden. Meister Braun hatte für insgesamt 510 M. in der Woche jedenfalls eine sehr billige Arbeitskraft.

Zur Lohnbewegung der städtischen Arbeiter.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Berlin, hat an das Tarifamt des Magistrats folgendes Schreiben gerichtet: Die im Juli vereinbarten Löhne entsprechen nicht der Preisbildung, wie sie sich im August bisher vollzog. Noch ehe die Erhöhung des Brotpreises einsetzte, sind die Preise auf sämtlichen Gebieten des Haushaltsbedarfs ganz enorm gestiegen. Es ist aber damit zu rechnen, daß die Teuerung nunmehr noch weiter ansteigen wird.

Die Tarifkommission des Kartells der freien Gewerkschaften hat sich in ihrer Sitzung am Sonnabend, den 12. d. M., mit den von der Arbeiterchaft aufgestellten Anträgen beschäftigt und unterbreitet dem Magistrat für eine Neuregelung der Löhne für August die nachfolgenden Anträge:

Für Handwerker:	
18 bis 21 Jahre	38,45 M., nach einem Jahr 38,85 M.
21 - 24	41,50 „ „ 41,90 „
über 24	44,50 „ „ 45, — „
Für Angelernte:	
18 bis 21 Jahre	37,10 M., nach einem Jahr 37,50 M.
21 - 24	40, — „ „ 40,45 „
über 24	42,85 „ „ 43,35 „
Für Ungelernte:	
18 bis 21 Jahre	36,65 M., nach einem Jahr 37,05 M.
21 - 24	39,45 „ „ 39,90 „
über 24	42,25 „ „ 42,75 „

Für die weiblichen Arbeiterinnen, soweit sie nicht den gleichen Lohn wie Männer erhalten, beantragen wir 80 Proz. dieser Löhne zu bewilligen. Für Jugendliche, 14jährig 40 Proz., 15jährig 50 Proz., 16jährig 55 Proz., 17jährig 65 Proz. der aus dem Grundlohn sich ergebenden Sätze.

Aufruf zu einem Bauhüttenbetriebsverband.

Vom Bauarbeiterverband wird uns geschrieben: Der Verband sozialer Baubetriebe hat die gewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Berlins und der Provinz Brandenburg aufgefordert, sich an der Gründung eines Bauhüttenbetriebsverbandes Berlin-Brandenburg zu beteiligen.

Die Bauhüttenbetriebsverbände sind die Bezirksorganisationen der Bauhüttenbewegung. Sie haben die Aufgabe, in Verbindung mit dem Verband sozialer Baubetriebe die Heberführung der privatkapitalistischen Bauwirtschaft in die Gemeinwirtschaft zu fördern. Zu diesem Zwecke gründen sie örtliche Baubetriebe, betreiben die Versorgung dieser Betriebe mit Baustoffen und erwerben oder errichten nach Möglichkeit eigene Baustoffbetriebe. Um diese Aufgaben befriedigend erfüllen und besonders dem ungeliebteren Baustoffwucher, wie er heute von den privaten Baustoffherstellern und Händlern geübt wird, wirksam entgegenzutreten zu können, sind bedeutende Geldmittel erforderlich.

Träger der baugewerblichen Sozialisierungsbewegung sind die Verbände der baugewerblichen Kopf- und Handarbeiter, die hierfür schon erhebliche Mittel aufgebracht haben. Um einen vollen Erfolg zu sichern, ist es aber nötig, daß die Beschaffung des erforderlichen Kapitals nicht auf den Schultern der im Baugewerbe tätigen Arbeiter und Angestellten allein ruht, sondern daß die Gesamtheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft sich an der Aufbringung der Mittel beteiligt. Aus diesem Grunde hat auch der Leipziger Kongress des ADGB, an alle Verbände die Aufforderung gerichtet, der Sozialisierungsarbeit im Baugewerbe ihre Unterstützung zu leisten, und in Uebereinstimmung hiermit hat die Vollversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission am 26. Juli dieses Jahres beschlossen, dem Leipziger Beschluß beizutreten, und die Erwartung ausgesprochen, daß die ihr angehörenden Verbände ebenfalls die baugewerbliche Sozialisierungsarbeit mit allen Kräften fördern.

Wir zweifeln nicht, daß die gewerkschaftlichen Organisationen Berlins dieser Aufforderung freudig folgen und alles anstreben werden, um sich an der Geldbeschaffung in ihrem Bezirk in vorbildlicher Weise zu beteiligen. Berlin und die Provinz Brandenburg sind neben Pommern das einzige Wirtschaftsgebiet Deutschlands, in dem noch kein Bauhüttenbetriebsverband besteht! Die in diesem Bezirk bestehenden Baubetriebe haben durch ihre bisherige Tätigkeit schon in hohem Maße zur Verbilligung des Woh-

nungsbaues beigetragen und so der Allgemeinheit bedeutende Summen erspart, die sonst in die Taschen kapitalistischer Unternehmer geflossen wären. Der Erfolg wäre noch viel größer und die preisregelnde Wirkung auf dem Bauparkt bedeutend stärker gewesen, wenn es den sozialen Baubetrieben möglich gewesen wäre, noch mehr Aufträge anzunehmen. Aber dazu fehlte ihnen das Geld. Und die schwierigste Arbeit: Die Verbilligung der Rohstoffe, die Bekämpfung der kapitalistischen Ringbildungen in der Kalk-, Zement-, Ziegel- usw. Erzeugung, ist kaum noch in Angriff genommen, kann auch erfolgversprechend nur in Angriff genommen werden, wenn die ganze Masse der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten die Sozialisierungsarbeit im Baugewerbe als ihre eigene Angelegenheit ansieht und durch planmäßige Sammlung ihrer finanziellen Kräfte die erforderlichen Geldmittel beschafft.

Verhandlungen im Berliner Einzelhandel resultatlos.

Am Sonnabend der vergangenen Woche sollten Tarifverhandlungen für die Angestellten des Berliner Einzelhandels stattfinden. Die Arbeitnehmer hatten sich veranlaßt gesehen, ihre Forderung infolge der abnormen Teuerung zu erhöhen. Diesen Umstand nahm der Arbeitgeberverband zum Anlaß, um seinerseits gar keine Angebote zu machen. Er erklärte vielmehr, daß die Kluft zwischen dem Geforderten und demjenigen, was die Arbeitgeber bewilligen wollten, so tief sei, daß an das Zustandekommen einer Einigung auf diesem Wege nicht zu denken wäre.

Auf gemeinsamen Antrag findet nunmehr am Donnerstag dieser Woche Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss statt.

Ein kommunistischer Landarbeiterstreik.

B.S. Der am Donnerstag ausgebrochene Landarbeiterstreik im Kreise Oberbarnim, der von kommunistischer Seite ins Werk gesetzt worden ist, scheint sich zu verschärfen. Am Sonntag fand in Tiefensee unter dem Vorhitz des Streikführers Baumann eine Funktionärssitzung der kommunistischen Kopf- und Handarbeiterunion statt, in der eine Reihe von Forderungen aufgestellt wurden, u. a. Anerkennung der Tariffähigkeit der Union, Annahme der von ihr aufgestellten Lohnforderungen und Abberufung der in Oberbarnim eingesetzten Schutzpolizei und Technischen Nothilfe. Für den Fall, daß diese Forderungen bis Montag, also gestern, nicht erfüllt würden, wurde die Verschärfung des Streiks bis zur Anwendung von Gewaltmaßnahmen beschlossen. Inzwischen hat sich der Gegensatz zwischen den Streikenden und den Mitgliedern des Deutschen Landarbeiterverbandes, der diesen Streik als eine wilde Bewegung ablehnt, verschärft. Die freigewerkschaftlich organisierten Landarbeiter sind besonders gegen den Streikführer Baumann aufgebracht. Der Streik hat sich seit gestern auch auf die Gegend um Prenzlau und Stralsund ausgedehnt, doch sollen dort im Gegensatz zu Oberbarnim die Hoffnungsarbeiten einstellten noch verrichtet werden. In Oberbarnim ist inzwischen weitere Verstärkung der Schutzpolizei eingetroffen, um die Arbeit der Technischen Nothilfe, die jetzt auf 13 Gütern tätig sind, zu sichern.

Achtung, Zimmerer! Am Mittwoch, den 16. August, abends 6 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Saal 5, Engelauer 24/25, unsere nächste Lehrlingsversammlung statt. Es ist Aufgabe sämtlicher Lehrlinge und Baudelegierten, dafür Sorge zu tragen, daß sämtliche Lehrlinge von ihren Arbeitsstellen des Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbes zu dieser Versammlung erscheinen. Der Vorstand.

Im Leipziger Kellnerstreik, der bereits über sechs Wochen währt, hat der sächsische Ministerpräsident B u d eingegriffen. Die Einigungsverhandlungen haben bis Sonntag nachmittags kein Ergebnis gezeigt. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer beraten nunmehr getrennt über die Vermittlungsvorschläge des Ministerpräsidenten.

Deutscher Transportarbeiterverband, Zweits 2. Chemischer Großhandel, Dienstag abend 7 Uhr bei Bräuer, Blücherstr. 7a, Funktionärssammlung. — **Bauarbeiter** aus allen Betrieben der Provinz- und Eberwärenden, Dienstag nachmittags 5 Uhr bei Witz, Volkestr. 23, Gruppenversammlung. — **Brauereiarbeiter**, Gruppe Rupp, Galanterie- und Spielwaren, Mittwoch nachmittags 6 1/2 Uhr bei Köhler, Inselstr. 10, Gruppenversammlung.

Deutscher Bäckermeisterverband, Mittwoch, den 16. August, abends 7 Uhr, Versammlung sämtlicher Betriebskomitees, Funktionäre und Tarifkommissionen-Mitglieder aller Branchen im D. B. B. im großen Saale der Germania-Halle, Chausseest. 110, Vereinsteilnahme unserer Tarifbewegung und die Stellung der Arbeitgeber im Lohnkampf. — **Betriebsrat** 18, Kottbusdamm, Donnerstag nachmittags 5 Uhr im Klubhaus, Dönh. 3, wichtige Tagesordnung.

Deutscher Bauarbeiterverband, Sektion Tiefbau, Donnerstag abend 7 Uhr bei Voelter, Weberschloß 17, Versammlung der Tiefbauarbeiter, Tagesordnung: Bericht von der Lohnrevision, Sektionsangelegenheiten, Mitgliedsbuch legitimiert; ohne daselbe kein Zutritt. — Die Rollen von der Firma Dito Conrad werden ersucht, beizubringen in dieser Versammlung zu erscheinen.

Verantw. für den redakt. Teil: Hans Rübke, Berlin-Städtische; für Anzeigen: Ed. Glöck, Berlin. Verlag Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt West-Engel u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Preis 1 Blatt.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise Koch & Seeland G. m. H. Gertraudenstraße 20-21.

Maßhary.
Delst
edel wie
der Name



Fritzi
Maßhary
eine Zigarette
von Rang

Urteilen Sie selbst!

KON LINON